

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
E. Schellberg'sche Buchdruckerei, Tagblatt-Druck.
Geschäftszeit: 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Niederhaltungsbeilage.

Ercheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Sonntags vor- u. nachmittags
Fernsprecher-Gammas-Rz. 69431.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Für eine Belegzeit von 2 Wochen 20 Mark, für einen Monat 30 Mark, für ein Jahr 300 Mark, für ein Vierteljahr 75 Mark. — Bezugsbedingungen: Der Verlag, die Druckerei, die Träger und alle Verhältnisse. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Verleger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Ein Millimeter Höhe der 22 Millimeter breiten Spalte im Anzeigenblatt Grundpreis 4 Mark, der 35 Millimeter breiten Spalte im Textblatt 4 Mark, sonst laut Tarif. — Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Stellen wird keine Gebühr erhoben. — Schluss der Anzeigen: Ausnahme 10 Uhr vormittags. Spätere Anzeigen müssen spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenanzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rauns.

Verlagsort: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Nr. 24.

Donnerstag, 25. Januar 1934.

82. Jahrgang.

Eine grandiose Demonstration sozialer Hilfsbereitschaft.

Aufruf des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda zum 30. Jan. 1934

Am 30. Januar 1933 wurde der Führer durch den hochherzigen Entschluß des Herrn Reichspräsidenten zur Kanzlerschaft des Reiches berufen. Damit war der Ausbruch der nationalsozialistischen Revolution gesichert.

Im Verlauf von zwölf Monaten hat die Regierung unter der Führung Adolf Hitlers auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens grundlegenden und umwälzenden Reformen durchgeführt. Das vorläufige Ergebnis dieser Reformen liegt offen zutage. Die Wirtschaft befindet sich wieder im Auftrieb, 2 Mill. ehemals arbeitsloser Menschen sind in die Fabriken und Kontore zurückgeführt, der Bauernstand ist in seinen Lebensgrundlagen gesichert, das kulturelle Leben wurde von den schlimmsten Verfallserscheinungen gereinigt, das Reich ist geehrt im Innern und steht eben im äußeren Kampf um seine Ehre und Gleichberechtigung noch auf.

Die Regierung weiß sehr wohl, daß es ihr in diesem Jahre noch nicht gelungen ist, alle Not zu beseitigen. Das wäre auch über den Winter hinaus gegangen. Der Führer hat bei der Wahl am 3. März 1933 die volle Zeit gefordert, um seine großen Reformen endgültig durchzuführen. Ein Jahr davon ist vergangen, und schon sehen wir allenthalben, wie neue Hoffnung und hartes Selbstvertrauen in alle Kreise des deutschen Volkes zurückgeführt sind.

Der Jahrestag des Ausbruchs der nationalsozialistischen Revolution fällt mitten in den Winter, in einen Weltfeiertag allerersten Ranges. Der Führer und seine Mitarbeiter in der Regierung sind der Überzeugung, daß man seiner, historisch gesehen, am ehesten gerecht wird, wenn man ihn ohne zersetzende Fiktion in der Idee einer lebendigen, sich entwickelnden Volksgemeinschaft durch eine grandiose und in diesen Ausnahmestunden selten dagewesene Demonstration sozialer Hilfsbereitschaft begeht.

Das Winterhilfswort ist deshalb angewiesen worden, alle von ihm in diesem schweren Winter bedrängten Volksgenossen durch eine besondere fühlbare und sichtbare Spende am 30. Januar zu erheitern und ihnen damit zu zeigen, daß der neue Staat sie nicht im Stich läßt und ihnen gerade am Geburtsstag seines nationalpolitischen Bestandes helfend zur Seite tritt.

Der nationale Spendenstag des 30. Januar soll nicht in Sammelaktionen, sondern in Hilfsaktionen bestehen. Ohne daß dabei die ohnehin schon schwer im Anspruch genommene Opferbereitschaft des deutschen Volkes bemüht werden müßte, wird das Winterhilfswort aus für diesen Zweck von der Regierung zur Verfügung gestellten Beständen am 30. Januar für die von ihm bedrängten Volksgenossen zusätzlich zu seinen sonstigen Leistungen.

15 Millionen Lebensmittelgutscheine im Werte von je 1 M.

verausgaben. Der Beschäftigte erhält für sich und für jedes zu seinem Haushalt gehörende bedürftige Familienmitglied nach Maßgabe obiger Menge je einen Lebensmittelgutschein. Aus eigenen Mitteln des Winterhilfswerts gelangen außerdem zusätzlich zu der regelmäßigen Zuteilung zur Ausgabe:

6,5 Millionen Gutscheine über je 1 Zentner Steinkohle oder Braunkohlenbriketts.

Darvon erhält der Bedürftige mit eigenem Haushalt oder eigenem Mietzimmer nach Maßgabe obiger Menge je einen Gutschein.

Die näheren Einzelheiten werden durch das Winterhilfswort der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Im übrigen wird die Bevölkerung aufgefordert, von äußeren pompösen Festen, Fackelmärschen und Ähnlichem, der Not und dem Ernst der Zeit entsprechend, Abstand zu nehmen, ihrer Freude, Zusammenkunft und herzlichen Gesinnung aber über den durch den Führer kraftvoll begonnenen Aufbau des neuen Reiches, der mit unvermindelter Stärke weiter fortgesetzt werden soll, dadurch höchsten Ausdruck zu verleihen, daß sie am 30. Januar von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr die Fahnen des Reiches hisst.

Berlin, den 26. Januar 1934.

Der Reichsminister
für Volksaufklärung und Propaganda
Dr. Goebbels.

Die Ausführungsbestimmungen über Zuteilung, Befreiung und Abrechnung der zur Ausgabe gelangenden Gutscheine sind auf S. 12 dieser Tagblatt-Ausgabe veröffentlicht. D. Schriftlitz.

Tag der Volksgemeinschaft.

Der Tag der nationalsozialistischen Revolution soll nach dem Willen der Führung nicht ein Tag mit lautmotorigem Gepränge sein, er soll nicht ein Tag der Form, sondern ein Tag des Inhalts sein. Alles zu seiner Zeit: Paraden und Fackelmärsche zu ihrer Zeit — der 30. Januar als Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution ist der Tag der Volksgemeinschaft und soll als solcher im Gedächtnis des Volkes werden, wirken und fortleben.

Die Parole für diesen Tag heißt: Volksgemeinschaft praktisch betätigen. In großen und einfachem Bunde hat der Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung in seinem Aufrufe die Parole dazu ausgegeben. Der Tag wird so gestaltet, daß jeder mitwirken und mitwirken kann. Dieser Tag ist ein Tag der Gefinnung, der über Parteimitgliedschaft im alten Sinne weit hinausgreift. Er geht jeden an. Jeder, ohne Ausnahme, der das deutsche Volk und seine deutsche Reich einen Hauch verspürt hat, soll dessen bewußt werden.

Die praktische Betätigung der Volksgemeinschaft findet ihren sichtbarsten und lebendigen Ausdruck im Winterhilfswort des deutschen Volkes. Gerade jetzt stehen wir mitten im Winter, und wenn noch Not ist, so ist jetzt Not, und wenn Zeit zum Helfen, so ist jetzt Zeit. Der gewaltige Ansturm gegen die Arbeitslosigkeit wird von niemandem verkannt, aber im ersten Anlauf konnte ein solches Werk nicht voll gelingen. Es bedarf weiterer Arbeit, um den letzten Mann an seine Arbeitsstätte zu bringen. Bis dahin aber ist es die Aufgabe des ganzen Volkes, Not zu lindern, wo sie noch vorhanden ist.

Bei dem feierlichen Beginn des Winterhilfswortes hat der Reichsminister Adolf Hitler mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß Opfer gebracht werden müssen, Opfer, die auch als solche gefühlt werden. Man darf dabei aber nicht nur an diejenigen denken, die opfern sollen, sondern auch an diejenigen, die die Opfer empfangen. Es handelt sich bei diesem Winterhilfswort nicht darum, Almosen zu geben, so wie es sich nicht um Bettler handelt, die Almosen empfangen. Es kommt darauf an, notleidenden Volksgenossen zu helfen aus dem Gefühl menschlicher und nationaler Verpflichtung heraus. Es kommt auch nicht darauf an, um irgendeines Lohnes willen zu opfern, aber um eine Gefinnung zu bezeugen. Dabei ist eine Gefinnung selbstverständlich: die der Verantwortung eines jeden Volksgenossen für jeden Volksgenossen. Wenn es so gelingt, die leidende Not von Millionen, wenn auch nicht ganz zu beseitigen, so doch zu lindern, so ist vielleicht noch wesentlicher, daß diese Volksgenossen auch vielfach seelisch hungern und daß der seelische Drud, unter dem sie in ihrer Armut stehen, von ihnen genommen wird. Im Dritten Reich kann man nicht jeden Deutschen zum Millionär machen. Aber man kann doch mitwirken, daß er sich als voll und gleichberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft fühlt.

An diesem Tag der Volksgemeinschaft muß eine Entwicklung ihren Abbruch gefunden haben, eine Entwicklung, die vom Geist zum Willen und vom Willen zur Tat führt: Aus der Gemeinschaft des gleichen Fühlens, des gleichen Erlebens muß erwachen der Wille zur Volksgemeinschaft, zur tätigen Hilfe und so folgt daraus als Krönung die helfende und volksbauende Tat.

Am 30. Januar Reichstag.

Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Berlin, 25. Jan. Das Hauptbüro des Reichstages teilt mit:

Am Dienstag, 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, Zusammenkunft des Reichstages mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Was antwortet Frankreich?

Paris arbeitet an der Antwort. — Noch keine Beschlüsse in London.

Die Presse-Erörterungen gehen weiter.

as. Berlin, 25. Jan. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Während man sich in Deutschland würdig auf den 30. Januar vorbereitete, steht die Auslandspresse des Kaiserlandes darüber fort, welche Antwort Deutschland auf seine letzte Abrüstungsnote erhalten wird. Es ist dabei zunächst bemerkenswert, daß man in Frankreich die Nachrichten, die französische Regierung wolle das deutsch-französische Gespräch abbrechen, demontiert. Es wird vielmehr erklärt, man erwarte, daß die Reichsregierung ihrerseits auf die Bemerkungen wieder antworten werde, die ihr von der französischen Regierung demnachst zugehen würden. Tatsächlich scheint man sich in Paris, wie das gestern schon gesagt wurde, mit der Antwort zu beeilen, denn es verlautet, daß diese Antwort noch Ende der Woche fertiggestellt sei und dann nach Berlin übermittelt werden solle. Über den Inhalt dieser Antwort kann man sich freilich kaum Täuschungen hingeben. Ganz offenbar hält es die französische Regierung für unmöglich, irgendwie ihren Standpunkt zu ändern. Für den berühmten „Abwärtswillen“ Frankreichs spricht auch die Rede, die der Marineminister Sarraut gestern in der Kammer hielt — eine Rede, die vielleicht in London und Rom noch stärker interessieren wird, als in Deutschland — und in der Sarraut betonte, daß Frankreich eine starke Flotte gebrauche, um seinen überseeischen Handel zu schützen und um seine Küsten und Kolonien verteidigen zu können. Die französische Flotte, so erklärte der Minister, müsse modernisiert werden. Nimmt man hinzu, daß die Stellung des Kabinetts Chautemps nicht sehr fest ist und daß es deshalb für die Regierung naheliegt, auf außenpolitischem Gebiet etwas fräftigere Töne anzuschlagen, so wird man sich einigermaßen vorstellen können, wie die Antwort auf die deutsche Note ausfallen wird.

Zweifellos hoffen bestimmte französische Kreise dabei auf die Unterstützung durch Eng-

land. Denn der Sinn der „Schiebstrichkontrolle“, die England übernehmen soll, kann nach Auffassung dieser Kreise nur darin bestehen, daß die Londoner Regierung sich völlig dem französischen Standpunkt anschließt. Aus diesem Grunde werden auch wohl jetzt bereits von Paris aus Meldungen und Darstellungen vorbereitet, die eine Fortführung des Gedankenkreislaufs mit Berlin als völlig aussichtslos hinstellen, um so England zum Eingreifen zu veranlassen. Die englische Regierung selbst hat zu der ganzen Lage noch nicht abschließend Stellung genommen. Wohl hat sich der übliche Mittwoch-Kabinettsrat in London mit den Abrüstungsproblemen beschäftigt, hat jedoch keine Beschlüsse gefaßt. Die Meinungen über das weitere Vorgehen sind offenbar noch geteilt. Es gibt in England Kreise, die es für das Zweckmäßigste erachten, wenn London sich die französischen Forderungen zu eigen macht, sich also voll hinter die Pariser Regierung stellt. Es gibt aber auch ebenso Kreise, die für eine ehrliche Mäßfertigkeit Englands eintreten.

Österreichischer Schritt in Berlin.

Nachdrückliche Richtigstellung der Wiener Behauptungen.

Keine Anrufung des Genfer Rates.

Berlin, 24. Jan. Ausländische Blätter haben in den Tagen wiederholt gemeldet, daß die österreichische Regierung habe sich an den Völkerverbund gewandt, um dort das deutsch-österreichische Verhältnis zur Sprache zu bringen.

Zu diesen Nachrichten ist zunächst darauf hinzuweisen, daß der österreichische Botschaftsminister in Wien selbst in der Rede steht, bei seinem letzten Besuch bei dem Generalsekretär des Völkerverbundes andere Dinge als rein österreichische Fragen zur Sprache gebracht zu haben. Richtig ist, daß der

österreichische Gesandte im Auswärtigen Amt im Auftrage seiner Regierung vorstellig geworden ist und eine Reihe von Beschwerdepunkten über angebliche Einflüsse gewisser reichsdeutscher Kreise auf die nationalsozialistische Bewegung in Österreich zur Sprache gebracht hat mit dem Hinweis, daß Österreich sich an den Völkerverbund wenden würde, falls diesen Beschwerden nicht Rechnung getragen werden sollte.

Die einzelnen Behauptungen werden zur Zeit in Berlin geprüft und, wie jetzt schon gesagt werden kann, auf Grund des Ergebnisses dieser Prüfungen binnen kurzem nachdrücklich richtiggestellt werden.

Freiheit verpflichtet!

Unternehmer und Gefolgschaft. — Eingreifen des Staates möglichst zu vermeiden.

Gemeinschaft der Schaffenden.

Berlin, 24. Jan. Der „Deutsche“ veröffentlicht eine Unterredung, die der Reichswirtschaftsminister hatte. Wie Hauptgeschäftsführer Busch zu Beginn der Unterredung festhielt, haben sich in der Arbeiterfrage und Angelegenheiten hier und da Bedenken gezeigt, daß einzelne Unternehmer Bestimmungen des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit so auslegen könnten, als ob sie jetzt wieder zu dem bekannten „Herr-im-Haus-Standpunkt“ zurückkehren könnten.

Dazu erklärte der Reichswirtschaftsminister: Ganz sicher werden immer wieder Fehler gemacht werden, besonders in der Übergangszeit. Jeder Gesetzgeber muß bei dem Aufbau des Gesetzes damit rechnen, daß es für Menschen gemacht ist. Im übrigen ist nach meinen Eindrücken die Gesetzgebung in unserer Wirtschaft in ihrer großen Mehrheit sehr durchaus bewußt, daß ihr mit diesem Gesetz nach der nationalsozialistischen Auffassung der Führerschaft eine hohe Verantwortung auferlegt ist. Das Gesetz läßt zwar dem Führer des Betriebes weitgehende Freiheit in der Gestaltung des Verhältnisses zu seiner Gefolgschaft. Freiheit verpflichtet aber. Für den Fall, daß die dem Unternehmer eingeräumte Freiheit mißbraucht wird, schaltete der Gesetzgeber eine Reihe von Sicherungen ein, insbesondere die Eingriffe des Reichs und des sozialen Eingriffsorgans. Ich bin überzeugt, daß die Einrichtung des Treuhänders, die ganz auf die Persönlichkeit eingeleitet ist, sich, wie schon in der Vergangenheit, auf das Beste bewähren wird.

Auf die Frage, ob ein Unternehmen überhaupt in der Lage sei, Vögel herabzuheben, erinnerte der Reichsminister daran, daß zunächst durch das Gesetz die jetzigen Tarifverträge bis zum 30. April verlängert werden. Nur der Treuhänder kann in ganz besonderen Fällen andere Anordnungen treffen. Vom 1. Mai ab treten die Regelungen des neuen Gesetzes in Kraft und werden sich alle Lohnbewegungen unter der Kontrolle des Treuhänders und damit des Staates. Sie wissen, daß der Reichsminister fort, daß die Reichsregierung die Anweisung gegeben hat, daß, solange um die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und die Befestigung der Arbeitslosigkeit gekämpft wird, wir keine Änderung des Lohn- und Preisniveaus dulden können. An diesem Beispiel wird die Reichsregierung auch nach dem 1. Mai festhalten.

Auf die Frage, ob die Entlohnung in der harten Weise wie bisher für alle Zukunft bestehen solle, erwiderte der Reichsminister: Das ist damit keineswegs geklärt. Im Gegenteil, mir erscheint eine Auflockerung, hoffentlich in Zusammenhang mit einer ansteigenden Konjunktur — durchaus erwünscht.

Der Besucher erkundigte sich dann, ob nicht Gefahr bestehe, daß die Unternehmer einzelner Gruppen, die sich ja doch alle mehr oder weniger kennen, Beratungen über Maßnahmen in allen Betrieben der betreffenden Branche treffen.

Demgegenüber betonte der Reichsminister auf die in das Gesetz eingeschalteten Sicherungen, insbesondere den Treuhänder und daß dann fort: Wir müssen aber dazu kommen, daß wir diese Fragen von beiden Seiten aus vom Standpunkt des unabhängigen Menschen möglichst ohne Eingriff des Staates regeln. Es muß ein Zug von Kameradschaft und Verständnis zwischen den Männern in der Wirtschaft Platz greifen. Der Unternehmer muß sich auch einmal mit den Arbeitern seines Betriebes an einen Tisch setzen, nicht nur der schönen Feste, sondern darüber hinaus zu einer kameradschaftlichen Aussprache. Die nationalsozialistische Einstellung muß sich durchsetzen. Dann besteht für alle auf seine Pflicht und ist bereit, am gemeinsamen Ziel herbei und ohne Hintergedanken mitzuarbeiten. Zu einer Erkundigung über das künftige Schicksal der Verbände führte der Reichsminister aus: Wenn wir wirklich in unserem Volke den Kampfsinn endgültig ausrotten wollen, so scheinen mir Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände für die Zukunft unentbehrlich. Wir brauchen für die Zukunft Einrichtungen, in denen sich die Schaffenden Menschen zusammenfinden, nicht um ihre materiellen Dinge in Streit auszuhandeln, sondern

um das Gedankengut unserer nationalsozialistischen Staatsauffassung in gemeinsamer Beiprägung zu vertiefen. Gerade da haben die tüchtigen Mitarbeiter aus den Verbänden, die sich im letzten Jahr im nationalsozialistischen Sinne bewährt haben, Gelegenheit, sich für das ganze Volk zu betätigen.

Dah die Deutsche Arbeitsfront sich in sozialpolitischem Sinne betätigt, wurde vom Reichswirtschaftsminister auf eine Frage seines Besuchers hin ausdrücklich als durchaus wünschenswert bezeichnet. Gerade dadurch, so erklärte er, werden uns die Menschen herangezogen werden, die das Gesetz der Arbeit voraussetzt.

Über die Mitarbeit der Arbeitsfront an Gesetzgebungsarbeiten erklärte der Minister: Die Ausarbeitung und die Vorlage der Gesetze ist die Aufgabe der zuständigen Ministerien, aber wie bei dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom ersten Augenblick an die enge Fühlungnahme zwischen mir und Herrn Dr. Ley bestand, so soll auch in Zukunft in diesem Sinne zusammengearbeitet werden.

Nachdem dann Reichswirtschaftsminister Schmitt in Wiederholung früherer Äußerungen Preissteigerungen als höchst unerwünscht bezeichnet und jeden Versuch, die Belastung des Konsumenten herabzumindern, als äußerst begrüßenswert gekennzeichnet hatte, gab er zum Schluß der seltenen Jännerstunde Ausdruck, daß alles gut gehen werde, wenn alle, besonders aber die Menschen in der Wirtschaft immer so handeln, daß sie jede Sekunde dem Führer mit reinem Gewissen in die Augen sehen können.

Friedrich der Große als Kolonist

das leuchtende Vorbild der Arbeitsdienstführer.

Kranzniederlegung in der Potsdamer Garnisonkirche.

Potsdam, 24. Jan. Am heutigen Geburtstag Friedrichs des Großen marschierte die Reichsführerschule des deutschen Arbeitsdienstes, der an die Kolonisationsarbeit Friedrichs des Großen anknüpft, am Vormittag vor der Garnisonkirche auf. Der Reichsführerschule hatten sich die Arbeitslager Potsdam angeschlossen. Unter den Rängen des Prälatenmarsches schritt der Führer des Arbeitsdienstes, Staatssekretär Hierl, die Front ab. Sodann hielt er eine Ansprache, in der er ausführte: „Wer bewirkt, daß wir heute ein Palm wuchs, nimmst zwei Palme wachsen, der hat mehr für ein Volk geleistet, als ein Feldherr, der eine Schlacht gewann.“ Dies sind nicht Worte eines Vasallen, sondern Worte des größten Feldherrn aller Zeiten, Worte des größten Königs. In der Tat hat der große König nicht nur als Feldherr im Kriege mit dem Schwert, sondern auch als Kolonist im Frieden mit dem Spaten seinen Ruhm und Staat neue Provinzen erringt. In einer Zeit, in der andere Völker nach dem Grundhaß lebten: „Der Staat ist ich“, hat Friedrich der Große sich zu dem Grundhaß bekannt: „Ich bin der erste Diener des Staates“ und danach hat er gehandelt. Sein Königtum war Dienst am Volk und Staat. Deshalb ist gerade für uns der große König Vorbild und Wegweiser. In bewährter Anknüpfung an die große preussische Tradition haben wir die Reichsführerschule des Arbeitsdienstes nach Potsdam gelegt, damit von dieser historischen Stelle des Dienstes und der Pflichtenfüllung Treue ausströme auf unsere Führerschaft. Mit dem Gelöbnis, daß wir im Arbeitsdienst als einen Dienst am Volke unserem hohen Vorbild stets nachzueifern wollen, werden wir jetzt einen Kranz niederlegen am Grabe des unsterblichen Königs.

Die Fahnen lenten sich und Staatssekretär Hierl legte unter den Klängen des „Friedens Marsch“ an der Gruft einen Kranz nieder. Es folgte ein Vorbeimarsch des Arbeitsdienstes im Fußgänger.

Kirchliche Feier am 30. Januar.

Abendgottesdienste am Dienstag, den 30. Januar.

Berlin, 24. Jan. Der Reichsbischof hat, wie der evangelische Pressedienst mitteilt, an die Landesbischofskonferenzen folgenden Entschluß gefaßt: „Der 30. Januar 1934 ist der Jahrestag der Verkündung unseres Führers zum Reichsführer des Deutschen Reiches. In Dankbarkeit gegen Gott gebührt das deutsche Volk an diesem Tag ganz besonders der rettenden Tat Adolf Hitlers. Ich sage deshalb an, daß am Dienstag, den 30. Januar 1934, in den Kirchen Abendgottesdienste stattfinden, die der Bedeutung dieses Tages Rechnung tragen.“ (gez.) Ludwig Müller, Reichsbischof.

12000 preussische Gemeinden weniger.

Eine Folge der Eingemeindungen und der Aufhebung von Gutsbezirken.

Berlin, 24. Jan. Nach den auf Grund der Volkszählung am 16. Januar 1933 vom preussischen Statistischen Landesamt getroffenen Feststellungen gibt es in Preußen zurzeit 30 666 Gemeinden. Wie die „Landes-Zeitung“ meldet, hat demnach seit der vorletzten Volkszählung im Jahre 1925 die Zahl der preussischen Gemeinden um 12 280 abgenommen. Diese außerordentliche Verminderung ist eine Folge von Eingemeindungen und der Aufhebung von Gutsbezirken, die zwischen den beiden Volkszählungen in außerordentlich starkem Umfange stattgefunden haben. Von den gegenwärtig in Preußen vorhandenen 477 Kreisen sind 116 Städte- und 361 Landkreise. In den Städten lebten 17 556 035 Personen gleich 43,9 v. H., in den Landkreisen 22 850 894 Personen gleich 56,1 v. H.

Die Unterbringung entlassener Arbeitsdienstler.

Berlin, 24. Jan. Die Befähigung Jugendlicher im Arbeitsdienst kann nur dann die erhofften dauernden Wirkungen haben, wenn es gelingt, die nach Ablauf ihrer Verpflichtungsszeit ausfallenden Arbeitsdienstwilligen und Führer möglichst anschließend an ihr Auscheiden aus dem Arbeitsdienst in freie Arbeit unterzubringen. Der Präsident der Reichsanstalt hat im Benehmen mit der Leitung des Arbeitsdienstes umfangreiche Richtlinien für die Unterbringung aufgestellt, die den Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern übermittelt worden sind. Es wird festgestellt, daß die Vermittlung der ausfallenden Arbeitsdienstwilligen eine wichtige Aufgabe der Reichsanstalt ist. Die Vermittlung wird in enger Verbindung mit den Organen des Arbeitsamts durchgeführt. Es sollen möglichst bestimmte Entlassungstermine vereinbart werden, damit die Vermittlung der Dienstwilligen auf einige Stadien im Jahre beschränkt bleibt. Schon während der Befähigung der Arbeitsdienstwilligen soll das zukünftige Arbeitsamt sich einen Überblick über die berufliche Gliederung, die Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitsdienstwilligen verschaffen. Im Hinblick auf die Tatsache, daß sich unter den Dienstwilligen Jugendliche befinden, die ihrer Überführung nach ihrem Beruf ausgesetzt haben, sollen in großen Umfang Berufsberater eingeschaltet werden, deren Aufgabe es auch ist, die Dienstwilligen zu überzeugen, daß ihre Berufsaufkunft nicht in Großstädten und dichtbesiedelten Industriegebieten, sondern in Gegenden liegt, wo sie als Kleinrentner, Handwerker in ländlichen Siedlungen usw. einen Erwerb und Familie gründen können. Eine Rückwanderung in die Großstädte soll überhaupt nach Möglichkeit unterbleiben.

Vorübergehende Aufnahmebeschränkung beim Arbeitsdienst.

Berlin, 24. Jan. Infolge der zahlreichen Meldungen zum Arbeitsdienst ist in den letzten Tagen eine beträchtliche Überfüllung eingetreten, daß die Aufnahmen in den Arbeitsdienst vom 25. Januar bis 25. Februar gesperrt werden müssen.

Wir erfahren dazu von unterrichteter Seite, daß der Arbeitsdienst in den letzten Tagen über 16000 Aufnahmen hat abweisen müssen, weil einfach keine Stellen für die jungen Leute vorhanden sind. Die jungen Leute, die sich bis jetzt bereits angemeldet haben, sind vorerst nicht und werden höchstwahrscheinlich zum 25. Februar einberufen.

Dem Gedächtnis der Schlacht an der Doggerbank.

Gedenkteil am Gefallenendenmal des Schlachtfelds „Blücher“.

Kiel, 24. Jan. Am heutigen Gedenktage der Schlacht bei der Doggerbank (24. 1. 1915) fand am Gefallenendenmal des Schlachtfelds „Blücher“ auf dem Kieler Ehrenfriedhof eine Gedenkstunde statt, an der zum ersten Male die Überlebenden des nach heftigstem Kampf gegen ein feindliche U-Boot untergegangenen Schiffes gemeinsam mit den Verwandten der gefallenen Kämpfer teilnahmen. Der Kreuzer „Königsberg“ als Traditionsschiff der ersten Weltkriegsflotte hatte eine Ehrenkommandantur. Korvettenkapitän Frick, der Heilwetterende Kommandant der „Königsberg“, legte nach einer eindrucksvollen Schilderung des heftigsten Kampfes bei der Doggerbank einen Kranz nieder.

Als das Schiff nach erbittertem Ringen gegen eine englische U-Boot sank, fielen 870 brave Seeleute und tapfere deutsche Soldaten in den Wellen verankert. Den Geist dieser Gefallenen zu erhalten, sei heilige Pflicht. Weiterum wurde über uns die Frage des Sieges, des Vaterlandes und des Hingegangs gewagt. „Wieder belebe uns ein Wille: Alles für Deutschland.“

Als Vertreter der Überlebenden sprach Kapitänleutnant a. D. Schütz. Für die Kameraden von der „Seglitz“ legte deren einziger Kommandant einen Kranz nieder. Oberleutnant Erdmann, der Sohn des in der Schlacht gefallenen „Blücher“-Kommandanten überreichte Korvettenkapitän Frick ein Bild seines Vaters für das Traditionsschiff „Königsberg“.

Der Blick vor dem Ehrenmal, das dem die alte Reichskriegsflagge umgeben war, gleich einem Himmelsgarten, so viele große und kleine Kränze und Strauße in allen Farben waren von Verwandten und Freunden niedergelegt worden.

Der Betrieb soll eine Heimat des Arbeiters werden.

Die soziale Führerverantwortung des Unternehmers.

Vorbild und Freund.

Berlin, 24. Jan. Reichsministerialdirektor Dr. Werner Kamsfeld vom Reichsarbeitsministerium veröffentlicht in der „Sozialpolitik“ über die künftige Stellung des Unternehmers in der Wirtschaft einen Aufsatz, dem eingehend die sozialen Aufgaben des Unternehmers über die Ordnung der nationalen Arbeit, an dem Kamsfeld führend mitgearbeitet hat, besondere Beachtung zukommt. Industrie- und Gewerbetreibende, die nicht mehr der Beherrscher gewaltiger Konzerngebilde, sondern der Mann, der als Vorbild und Freund seiner industriellen Gefolgschaft muntergültig die ihm anvertrauten Betriebe leitet. Industrieführer sei künftig ein Ehrenamt, der nicht durch die Höhe des Aktienkapitals, sondern nur durch Taten erworben werden könne. Die allgemeine Festlegung der Einkommensbezüge sei selbstverständlich. Ebenso habe außer Zweifel, daß dabei die wirtschaftliche Lage des Unternehmens berücksichtigt werden müsse. Viel wichtiger als die Höhe des Lohnes sei aber die Sorge um das Los der Gefährdeten, die innere Bereitschaft zum Sozialen. Dr. Kamsfeld behandelt in diesem Zusammenhang die Frage der Kündigungsfreien. Der Widerhall der Anregungen in dieser Frage sei im ganzen recht dürrig gewesen. Es wäre traurig um die Zukunft bestellt, wenn jedes soziale Handeln erst durch geistliche Maßnahmen erzwungen werden müßte. Das Gespräch der Arbeit, so erklärt Kamsfeld, ist das Beste, das sich auf die Wiederherstellung bestimmter Grundgesetze beschränkt und nur die notwendigen Mindestbestimmungen enthält. Wenn es jemand richtig ist, daß für manche Betriebe längere Kündigungsfristen gewisse Schwierigkeiten bedeuten, so sind doch die weitestmöglichen Gründe für die Festlegung des Arbeitnehmers an seinen Betrieb und die Verbundenheit mit ihm so überwiegend, daß mit einer freiwilligen Regelung nicht mehr gewartet werden sollten.

Den Gedanken einer sozialen Führerverantwortung werden wir mit der Zeit auch auf andere Ge-

biete übertragen müssen. Gewiß wird der Unternehmer beim Nachlassen der Beschäftigungsmöglichkeit nicht für lange Zeit seine Betriebsangehörigen unterhalten können. Wer man wird doch erfragen müssen, ob nicht auch in solche Fälle die Tragung eines gewissen gesellschaftlichen Risikos durch den Unternehmer angezeigt erscheint. Was für die Arbeitslosenversicherung gilt, gilt auch für die anderen Sparten der sozialen Versicherung. Es wäre durchaus denkbar, so erklärt Dr. Kamsfeld, daß man bei einer künftigen gesetzlichen Neuregelung grundsätzlich einmal davon ausgeht, daß zunächst der Unternehmer als treuer Führer und Kamerad seiner Gefolgschaft für seine Mitarbeiter einsteht und daß die Allgemeinheit erst dann durch die gesellschaftlichen Versicherungsanstalten eintritt, wenn die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Unternehmers erschöpft sind. Es müßte im neuen Staat der Ehrgeiz jedes Unternehmers sein, vorbildlich die innere Bereitschaft zum sozialen Handeln zu zeigen und aus seinem Betriebe allen, die darin tätig sind, eine Heimat zu machen, mit der sie sich innerlich auf das engste verbunden fühlen. Die Heimat kann eng und befehdend sein, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern. Durch großen Aufwand wird sie nicht begründet, wohl aber durch Verständnis für die kleinen Nöte des Lebens, tätige Sorge und Gemeinnützigkeit.

Die Ordensritterschaft des pour le mérite

am Ehrenmal und am Denkmal Friedrichs des Großen.

Berlin, 24. Jan. Die Ritterschaft des Ordens pour le mérite, die sich am Dienstagabend zu ihrem ersten Kameradschaftstreffen im neuen Deutschland zusammengefunden hatte, versammelte sich heute mittig im Lusthof des Jungheuses, wo Ehrenwürde der SA und SS-Ausstellung gewonnen hatten. Anschließend legte die Ordensritterschaft im geschlossenen Zuge am Ehrenmal und dann am Denkmal Friedrichs des Großen, wo Kränze niedergelegt wurden.

„Treue, Treue und nochmals Treue!“

Das Gelöbnis der Hitlerjugend zum Führer.

Weihe der Bannfahnen am Grabe des großen Preußenkönigs.

Potsdam, 24. Jan. In der Garnisonkirche wurden am Mittwoch an der Gruft des großen Königs die 342 Bannfahnen der Banne der Hitlerjugend von dem Reichsführer Baldur von Schirach geweiht. Unter den Gästen bemerkte man u. a. Reichsminister Dr. Goebbels, Reichsminister Dr. Frick, Erzbischof Körmers, den Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Len, und den Vizepräsidenten Graf Helldorf. Das Innere des Gotteshauses war mit den Fahnen des neuen Deutschlands und mit den alten historischen Fahnen geschmückt. Nachdem auf der Orgel eine Fanfane zum Lied der Hitlerjugend „Die Fahne flattert uns voran“ vorgezogen wurde, ergiff der

Reichsjugendführer Baldur von Schirach

das Wort zu der Weiherede. Er führte u. a. aus: Zum erstenmal in der deutschen Geschichte steht die geeinte Jugend an der Gruft unseres größten Königs. Es ist nur wenige Tage her, da waren wir in Weimar Zeugen eines für uns alle gewaltigen Ereignisses. Dort trafen sich die Bannführer des Reiches zum Bekanntnis ihrer Einheit. Weimar und Potsdam, die beiden Pole des ewigen Deutschlands, haben in diesen Tagen eine neue tiefe Symbolik erhalten. Die jetzt noch verheilten Wunden der Hitlerjugend sind die Zeichen einer Revolution, die von Kaiser und Reichsführer erlöst wurde. Sie dienen darum dem Gedächtnis des Königs, das die treuesten Söhne der Nation geküßt haben. Sie sollen niemals gebraucht werden für die Interessen einer Schicht und einer Klasse, noch einer Rasse, sondern des ganzen Volkes und des Führers, der dieses Volk zusammenführt.

Heute nur zwei Jahren wurde der Hitler-Junge Herbert Korfus von mörderischen Verbrechern auf furchtbare Weise ermordet. Herbert Korfus war das Sinnbild der jungen Generation. In seinem Geiste hat sich nicht nur eine ganze Jugend erhoben, sondern auch alle Menschen fanden im Gleichnis seines Lebens die Kraft zu neuer Hoffnung.

Einundzwanzig Jahre haben und wenn wir Korfus sagen, meinen wir heute nicht mehr diesen einzelnen Jungen, sondern jene Formation, die ich einmal die „unsterbliche Gefolgschaft“ genannt habe. Der Totalitäts- und Führungsanspruch, den die Hitlerjugend innerhalb der deutschen Jugend erhebt, ist in diesem Toten begründet. Wir geben uns das Recht, den Nachwuchs des Volkes in unsere harte Zeit zu nehmen. Schon vor dem 30. Januar war die Hitlerjugend die größte deutsche Jugendorganisation, und wenn das Schicksal Weimar verweigerte, so nicht zuletzt darum, weil Adolf Hitler bereits zu der Zeit, als er noch nicht die politische Majorität besaß, den größten Teil der deutschen Jugend hinter sich gebracht hatte.

Wenn ich das Programm in der kürzesten Formel umreißen sollte, dann würde ich sagen: Wir haben die ganze Jugend zu Herbert Korfus hinzugefügt. Damit ist das Leben dieser für die Welt rätselhaften Jugendorganisation erfüllt. Sie ist heilig, und weil sie heilig ist, ist die Erfüllung der Schicksale der Nation unter unserer Hand. Wir meinen nicht ein Welttum, das mit der Waise zu tun hat, und kein milderer, uns mehr, als der, der von uns behauptet, wir hätten die Jugend zu kriegerischer Handwerker. Die Herren Pädagogen haben uns immer die Vorstufe empfohlen, aber wir danken auf die Ehre und bekennen uns zu ihr. Darum haben auch die Pädagogen kein Recht auf diese Jugendbewegung.

Der Niedergang unseres Volkes und damit das unerschütterte Gedenk unserer Jugend war nur möglich, weil Klassen und Kasten das Volk vernichtet hätten. Das wahre Erlebnis des Volkes haben unsere Väter und Vorfahren gehabt, die in den Schlachten des Weltkrieges die Geburt des deutschen Sozialismus erlebten.

Wenn man im Zusammenhang mit dem deutschen Zusammenbruch von Schuld reden will, dann darf man nicht nur die angreifen, die als Wehrer der Volksgüter verüben, sondern man muß auch die Kreise schuldig sprechen, die kein Volk mehr kannten, sondern nur ihre eigene gute Gesellschaft. Wenn man von guten alten Zeiten spricht, so meinen wir, diese Zeiten seien sehr schlecht.

Thema von Mozart, die Sonaten-Opus 10 Nr. 2 von Beethoven und eine Sonate von Brahms. Das Publikum gab seiner Begeisterung über den meisterhaften Vortrag dieser Werke in kühnen Ausdruck und rief am Schluß den Dirigenten so unermüdlich auf das Podium zurück, daß Fortdauer als Aufgabe die „Kreierlinger“-Opertüre spielen ließ. Auch dann wollte sich der kühnste Jubel nicht legen, bis die Väter im Saal langsam ausgelöst wurden und die Philharmoniker langsam den Saal verließen.

* Reichsmusikalisches Festspiel. In der ersten Sitzung des Bundesauschusses des Reichsbundes der deutschen Freilicht- und Volksschauspiele wurde u. a. mitgeteilt, daß der Räderberg-Festspiele in Frankfurt a. M. der Charakter reichsmusikalisches Festspiel verliehen werden soll. Ferner sollen die Spiele auf dem Schloßhof in Heidelberg zu Reichsfestspielen erhoben werden. Der Plan, die Spiele in Heidelberg wieder aufleben zu lassen und sie zu Reichsfestspielen zu erheben, entstand aus der Erwägung, daß viele bisher durch die Grenzpropaganda zurückgehaltene Ausländer im kommenden Sommer Deutschland wieder besuchen und kennenlernen wollen. Diese ausländischen Gäste sollen in erster Linie nach Heidelberg eingeladen werden, wo man ihnen demonstrieren wird, daß noch niemals in Deutschland Kunst und Kultur eine so eifrige und verständnisvolle Pflege erfahren haben wie im Dritten Reich. Die Werbemaßnahmen für die Reichsfestspiele finden die tatkräftige Unterstützung aller überhaupt in Frage kommenden Behörden und Stellen. In mehreren hunderttausend Exemplaren wird im In- und Ausland eine in hohen Sprachen erscheinende Broschüre über die Reichsfestspiele und die reichsmusikalischen Spiele (also auch die Frankfurter Räderberg-Festspiele) verbreitet. Eine im Sommer 1934 erstmalig ausgespielte Sachwert-Lotterie zur Förderung der deutschen Freilicht- und Volksschauspiele wird mit 500.000 Loten zur Finanzierung beitragen.

* Festpreis für Konrad Bello und Friedrich Griese. Soeben wurde einer der höchsten deutschen Literaturpreise, der Hamburger Festpreis, den beiden Dichtern Konrad Bello und Friedrich Griese für ihr dem Volkstum und der Nation dienendes Schaffen zugesprochen. Bello ist

gemein. Ein Deutschland, in dem der deutsche Arbeiter nicht wirtlich zu Hause ist, ist für uns kein Deutschland. Die Geburt ist kein Korsett, sondern eine Verpflichtung, und wer Korsetts befehlen will, der darf sie nur durch Leistung erwerben. Das Deutschland in den Klassen zugrunde ging, können wir es nur durch Gemeinschaft wieder aufbauen. Die Jugend ist gemäß dem Befehl ihres Führers Adolf Hitler Pionier dieser Gemeinschaftsidee. Sie ist Tag für Tag bestrebt, diese Idee in die Tat umzusetzen. Wir haben das Jahr 1933 dazu benutzt, um in diesem Geiste zu wirken. Alle markierten heute in einer Front. Alle tragen das gleiche Hemd. So steht das junge Deutschland wieder auf seinen Füßen, Klassen und Konfessionen hinweg in einem großen Bunde zusammen. So wurde die Hitlerjugend die größte Jugendorganisation der Welt. Je mehr die uns anvertraute Jugend alles Trennende überwindet, umso mehr können wir alle Gefahren bannen. Aus diesem Grunde dulde ich in der mir anvertrauten Jugend weder konfessionellen Streit, noch Vertretung irgendwelcher Sonderinteressen, besonders aber keinerlei Propaganda für irgendeine bestimmte Staatsform. Ein Bekenntnis zu Potsdam ist zugleich ein Kampf gegen die Reaktion, d. h. gegen jene bürgerliche Dummheit, die das Alte nur deswegen liebt, weil sie das Neue nicht sehen will. Die Jugend fühlt sich nicht mit den Einrichtungen verbunden, sondern mit Personen und zwar solchen Personen, die atemberaubende Ideen verkörpern. Das Volk ist unvergänglich, der Staat wandelt sich. Der Führer ist die Verkörperung des Volkes. Darin liegt seine weltgeschichtliche Bedeutung. Wenn diese Jugend vor allem dem Führer verehrt, so ergibt sie sich damit dem Deutschland überhaupt. Weil Deutschland nichts notwendiger braucht als Treue, Treue und nochmals Treue, deswegen sage ich „Sie, dem Führer!“ auch in dieser Stunde. Ich sage es in eurem Namen, meine Kameraden, die ihr hier auf den Bänken der alten Garnisonkirche in Potsdam zusammengelassen seid, und sage es für euch, ihr jungen Millionen. Ihr alle verehrt mich, wenn ich ausrede, daß wir kein größeres Erlebnis haben als das dieses Führers, der ein unbekannter Arbeiter war wie viele in unseren Reihen. Vor mir stehen die 342 neuen Fahnen der Hitlerjugend. Der Adler Friedrichs des Großen ist auf diese Fahnen geheftet. Das Vermächtnis Friedrichs des Großen weht in ihnen für alle, die der Hitlerjugend angehören. Euer Weg zur Unsterblichkeit führt durch diese Fahnen. Ich weise sie dem Gedächtnis des großen Toten und für das Werk des größten Deutschen, der in uns lebt.

Oberbürgermeister Dr. Dr. Weidemann-Halle stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gemeindetages.

Berlin, 25. Jan. Der Reichsminister des Innern hat auf Grund des § 3 Abs. 2 des Gesetzes über den Deutschen Gemeindetag vom 15. Dezember 1933, Oberbürgermeister Dr. Dr. Weidemann (Halle) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gemeindetages bestellt. Dr. Weidemann war bisher Mitglied des Vorstandes des Deutschen Gemeindetages.

Oberbürgermeister Dr. Dr. Weidemann, der vor seiner Berufung zum Oberbürgermeister von Halle als Rechtsanwalt am Oberlandesgericht in Kassel tätig war und in der NSDAP seit Jahren an führender Stelle im Gau Hessen-Rheinl.-Nord u. a. als Gauorganisationsleiter, Leiter der Abteilung für Rasse und Kultur und Gauobmann des Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen wirkte, hat zusammen mit Oberbürgermeister Fiedler (München), dem Vorsitzenden des Deutschen Gemeindetages, an der Zusammenfassung der gemeindlichen Spitzenverbände zum Deutschen Gemeindetag von Beginn an mitgearbeitet. Im Juni 1933 wurde er Mitglied des vorläufigen Vorstandes des Deutschen Gemeindetages, nachdem er kurz vorher zum Vorsitzenden des Gemeindetages für die Provinz Sachsen und Anhalt ernannt worden war, der mit seinen rund 3400 Gemeinden einer der größten preussischen Provinzial-Gemeindeverbände ist.

Braunschweiger, Griefe Kellnerbutter. Die ewigen Werte, die der Dichtung aus der geistigen und sittlichen Haltung landschaftsverbundener Menschen fließen, finden in beiden Dichtern, die der jüngeren Generation angehören, höchsten künstlerischen Ausdruck. Bello und Griefe sind sowohl als Dramatiker wie auch als Epiker hervorgetreten. Bello erlangt mit seinem Volkslied „Bauer, Gott und Teufel“ kürzlich bei der Uraufführung im Hamburger Schauspielhaus einen großen Erfolg; sein ebenfalls erfolgreicher Roman „Das heidnische Dorf“, der heutige Menschen aus der Väterburger Bede schilbert, die sich in den Schicksalstrüben der Nachkriegszeit fast ihrer eigenen Natur zu behaupten wissen, gehört ebenso wie seine früheren Romane „März“ und „Gammert“ zum weltlichen Schrifftum der letzten Jahre. Von Griefe wurde im Berliner Staatlichen Schauspielhaus das Drama „Mensch aus Erde gemacht“ uraufgeführt, das inquisitorien über viele Bühnen ging. In seinen großen Romanen „Winter“, „Der ewige Ader“, „Tal der Armen“ u. a., vor allem aber in seinem vor Weihnachten erschienenen Werk „Das letzte Geleit“ die Geschichte eines norddeutschen Dorfes, hat Griefe die großen Glaubensinhalte „Blut und Boden“ und „Krieg“ vor dem Hintergrund der Landbüchse dichterisch gehalten. Das Breislagium hat in seiner Begründung ausgeführt, daß die erteilte Verleihung des Festpreises im nationalsozialistischen Deutschland so entschieden werden mußte, daß die Verleihung den kulturpolitischen Willen der nationalsozialistischen Volksregierung zum Ausdruck bringe.

Theater und Literatur. Am 27. Januar findet am Staatstheater in Stuttgart die Uraufführung des Staatsschmiedes Wallenstein-Drama „Dämonen über uns“ statt.

Wissenschaft und Technik. Der Rektor der Landesuniversität Gießen ernannte den früheren Direktor der Städtischen Bibliothek Mainz, den Gründer und langjährigen Leiter des Gutenberg-Museums und der Gutenberg-Gesellschaft Prof. Dr. Bello an seinem 80. Geburtstag am 21. Januar wegen seiner Verdienste um die Landesuniversität und die Universitätsbibliothek zum Ehrensenator der Landesuniversität.

Der Marsch zum Schloß Sanssouci.

Nach Beendigung seiner Rede legte Baldur v. Schirach an der Gruft Friedrichs des Großen einen Vorbericht nieder. In tiefem Schweigen verließen die Reichsminister und Ehrengäste das Gotteshaus. Dann begann im Lustgarten der Vorbesprechung vor dem Führer der Hitlerjugend. Voran die Blutfahne, gefolgt von den übrigen Fahnen der Hitlerjugend und dem Ehrenband Brandenburg-Süd. Weiter ging der nach Tausenden zählende Zug durch die Straßen Potsdams hinaus nach Sanssouci, das, von weiß leuchtenden Scheinwerfern beleuchtet, lag dem unterliegenden Abendhimmel abhob. Fackelträger trugen auf den Terrassen aufstellung genommen. Von zwei hohen Rodelsternen loderten Feuer auf. Rechts und links des Schlosses, auf dessen Dach die schwarz-weiße Preußenfahne wehte, nahmen die Bannfahnen aufstellung. Dann wurden sie in das Schloß Sanssouci getragen.

Ehrenwache am Grabe des Hitlerjungen Herbert Korfus.

Berlin, 24. Jan. Zum zweitenmal führt sich am Mittwoch der Tag, an dem der 18jährige Hitler-Junge Herbert Korfus von Kommunisten in roter, hinterhältiger Weise erschossen wurde. Einundzwanzig Hitler-Jungen Rufen für Deutschland, fünf allein waren Berliner Jungen. Sie sind nicht vergessen. Sie leben in der Erinnerung der Kameraden wie Herbert Korfus, Gerhard Dieck, Hans Hoffmann, Georg Freiler und Walter Magnin. Draußen auf dem Johannisdamm ruht Herbert Korfus. Kameraden seines Bannes halten die Ehrenwache. Zahlreiche Blumen schmücken das schlichte Grab, zu dem seit den frühen Morgenstunden zahlreiche Kameraden des Toten und viele Freunde der NS pilgern.

Sie haben das Parteigegentät. fast.

Frankreichische Frontkämpfer fordern eine starke Regierung.

Paris, 24. Jan. Die Vereinigung der ehemaligen Frontkämpfer, „Frontkämpfer“, hat den Präsidenten der Republik, Lebrun, in einem Schreiben aufgefordert, dem Wunsch des Volkes nach einer starken Regierung und nach Wiederherstellung des Vertrauens zu entsprechen, dem Parteigegentät ein Ende zu bereiten und unter der blau-weiß-roten Fahne als Zeichen der Sammlung das Gesicht Frankreichs einem kleinen Kreis entschlossener Männer anzuvertrauen, deren moralischer Wert unantastbar ist. „Wir haben uns“, so heißt es in dem Schreiben, „zuerst einmal an den Präsidenten der Republik wenden wollen.“

Ein französisch-polnischer Korridor-Film.

Unter dem Titel „Schatten über Europa“ läuft zur Zeit in englischen Kinos ein französischer Film, der versucht, das Korridorproblem im politischen Sinne in den Vordergrund zu rücken. Der Anfang des Films ist charakteristisch. Es wird gezeigt, wie aus dem Kriegsdrama ein ausgedehntes weltumspannendes Gedächtnis der Ereignisse, Kriegen und Entsetzungen und wie dies Gedächtnis schließlich wieder unter Gesichtspunkten einer Festschrift zusammenbricht, also zugleich eine Propaganda gegen jede Revision. Der eigentliche Film zeigt dann wie ein junger Franzose in Warschau ankommt, um das Korridorproblem zu studieren. Er wird natürlich freundlich empfangen, aber man sagt ihm, daß es ein Korridorproblem nicht gibt. Kommerziellen dagegen, das seit dem Jahre 1900 polnisch gewesen sei, gewiß das könne er leben. Und nun werden Bilder aus den ehemals zu Deutschland gehörigen Gebieten gezeigt, Thorn, die Weichsel, Danzig, aber nichts von dem Danziger Hafen, ausweichend dagegen werden die polnischen Hafenbauten in Gdingen gezeigt. Immer wieder wird der Verlust gemacht, dem Zuschauer vor Augen zu führen, daß es sich hier um polnisches Land, um polnische Kulturbauten handelt, während jedes Bild tatsächlich nur immer wieder zeigt, wie die deutsche Kultur und Zivilisation diesem alten deutschen Land das Gepräge gab. Alle deutsche Bauten, moderne deutsche technische Anlagen, das wird hier als „polnisches Erzeugnis“ einer staunenden Mittel vorgeführt. Ganz auf die französische Einstellung berechnet sind die Bilder und die Bilder, die den Geburten nachberühmt. So ist natürlich das Problem für das fernerarme Frankreich gewiß ein Trost, wenn es sieht, daß die Dinge bei dem Bundesgenossen wesentlich anders liegen. Inwiefern die Engländer auf diesen Film, der grade deshalb fast propagandistisch wirkt, weil er eine allzu laute Propaganda vermeidet, auf diesen ganzen Schwindel hineinfallen, ist schwer zu sagen. Man ist für Zeit in England ja nicht sehr auf auf Polen zu sprechen, da Polen verlangt, der englischen Kohle nicht nur in Standhalten, sondern in England selbst Konkurrenz zu machen. Da aber die geschichtlichen und geographischen Kenntnisse des Durchschnitts-Engländer nicht allzu groß sind, so besteht naturgemäß die Gefahr, daß sich hier ein ganz falsches Bild des Korridors und seiner Bedeutung festsetzt. Denn, daß dieser französisch-polnische Propaganda-Film natürlich nicht die unumgängliche Zerreißung Deutschlands zeigt, daß er den Engländern nicht vor Augen führt, wie ein solcher „Korridor“ in ihrem eigenen Land aussehen würde, ist ja klar, genau so wie die Tatsache, daß der Film nicht davon zeigt, wie Polen alte deutsche Kulturwerte zerstört hätte und wie das ganze Land unter der unumgänglichen Grenzsetzung leidet.

Riesige Waffensfunde in Niederösterreich.

Wien, 24. Jan. Die Sicherheitsbehörden von Niederösterreich haben verschiedene vertrauliche Anzeigen erhalten, daß in Gebäuden, die der sozialdemokratischen Stadtgemeinde Schwabach bei Wien gehören, so im südlichen Bad und in Wirtschaftsgeländen, Waffen des aufgelösten Republikanischen Schutzbundes verborgen sind, der bekanntlich die Wehrform der Sozialdemokraten war.

Bei einer der ganzen Mittwochsbesuche anbauenden Hausdurchsuchung wurden in Schwabach 40 Maschinengewehre, 70 Gewehre, 200 bis 300 Handgranaten, davon 100 sofort geladen, rund 38.000 Schuß Infanteriemunition und sonstiges Material gefunden und beschlagnahmt.

Bisher sind 30 Personen verhaftet worden, sämtlich Funktionäre des Schutzbundes und Gemeindeangehörige.

Student und Nation.

Arbeit und Ziele der Frankfurter Studentenschaft.

Von SS-Sturmführer G. W. Müller, Führer der Frankfurter Studentenschaft.

Auf Anordnung des Reichsführers der deutschen Studentenschaft Dr. Stäbel wurden sämtliche studentischen Verbände einschließlich der Korporationen in allen studentischen und hochschulpolitischen Angelegenheiten dem Führer der deutschen Studentenschaft unterstellt. Doch dies gerade in Frankfurt besonders notwendig war, zeigte der Umstand, daß die Korporationen sich am 1. Reichsgründungstag im Dritten Reich weigerten, bei der Feier im Opernhaus zu erscheinen, weil ihnen keine Eintrittskarten zu dieser Feier zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Karten waren an SS- und SA-Mitglieder vergeben. 22 Prozent aller Korporationsstudenten sind in diesen Verbänden, hatten also die Möglichkeit, dieser Feier beizumohnen. Wenn aus diesem formalen Grunde der Frankfurter Bannkreis es ablehnte, am 18. Januar zu erscheinen, so glaubt man sich um zwei Jahre zurückverlegt. Eine solche Entscheidung hätte der Bannkreis zu den Versäufelungen des alten Systems fällen können. Wenn er aber heute bei einer Weisung des Dritten Reiches glaubt, aus formalen Gründen wegschleichen zu müssen, so beweist er damit, daß er den Sinn der neuen Zeit noch nicht voll verstanden hat. Mit Druckmitteln und parlamentarischen Methoden wurde früher gearbeitet. Diese Zeit ist vor allem auch an unserer nationalsozialistischen Universität, vorbei.

Die Frankfurter Korporationen werden bis auf weiteres nicht mehr in der Lage sein, ihre Fäden zu ziehen. Wer es nicht nötig hat, bei der Reichsgründungsfeier zu erscheinen, darf dies auch bei anderen Gelegenheiten nicht tun. Ein Einspruchsverfahren mit dem Reichsführer der deutschen Studentenschaft habe ich daher mit sofortiger Wirkung das Charakter der Frankfurter Verbindungen bis auf weiteres verboten.

Aber unsere Aufgaben liegen ja nicht auf diesem, mehr äußerlichen Gebiet. Wer die Arbeit der Frankfurter Studentenschaft kennen lernen will, der soll am kommenden Dienstag in das Kameradschaftshaus in der Westendstraße gehen. Dort werden erstmalig 20 Kameraden der Arbeitsfront und NSDAP, einrücken. Sie werden gemeinsam mit den Studenten den Dienst und die Ausbildung im Kameradschaftshaus durchmachen. Auch die Arbeit innerhalb der Wohnheime der Korporationen wird insofern vereinfacht, als die Anwesenheit dieser Wohnheime ihren Dienst in Zukunft gemeinsam mit den Kameraden des Hauses Langemann in der Westendstraße leisten werden. Man unterlasse dieser Anordnung nicht irgendeine Feindschaft gegen die Korporationen. Auch hier ist ausdrücklich nochmals die ungeschwächte Arbeit zu erkennen, die die Korporationen in den Kampfzeiten für die nationale Idee geleistet haben. Ein Kameradschaftshaus ist jedoch noch nicht dann fertig, wenn man einige Liebküßler aufstellt und ab und zu einen politischen Vortrag halten läßt. Die Idee des Kameradschaftshauses, die unser Gauleiter Sprenger anlässlich der Weisung des Hauses Langemann so klar umriss, kann nur in der großen Gemeinschaft verwirklicht werden. Der erste Schritt dazu, das Hineinlegen von wertvollen Arbeitern in den Kampf, ist ja schon davon überzeugt, daß alle Kreise unserer Universität die Notwendigkeit dieser Maßnahmen einsehen.

Die zweite Hauptaufgabe liegt in unserem reitlosen Einsatz für das Winterhilfswerk. Hier kann der Student einmal praktisch beweisen, ob er sich mit Recht Nationalsozialist nennt. Noch in diesem Semester wird jeder Student einmal auf ein Mitteilungsblatt verzichten und für den ersparten Betrag eine Gedenkmarke kaufen, die durch die Studentenschaft den notwendigen Bekanntheit zur Verfügung gestellt wird. Außerdem werden in Zukunft in allen Studentischen, aber Korporationskreisen die Sammelbüchsen des Winterhilfswerks zu finden sein.

Auch in der politischen Schulung wird von der Studentenschaft in diesem Semester noch viel Neues geboten werden. Schon in den nächsten Wochen werden Vorträge der SS, Müller-Scheel, Winter, Müller und v. Ribba stattfinden. Wenn in Zukunft alle Kräfte an der Frankfurter Universität ihre Arbeit am Aufbau der Studentenschaft und damit dem Aufbau der gesamten Universität als eine nationalsozialistische leisten werden, dann müßte es mit dem Zweifel gehen, daß unsere Arbeit nicht auch in Zukunft erfolgreich sein wird.

Studentische Arbeitsdienstpflicht

in Frankfurt a. M. . . .

Frankfurt a. M., 24. Jan. Überall im Reich fanden am Mittwoch die Rundgebungen der Studentenschaften statt, in

denen die studentische Arbeitsdienstpflicht verkündet wird. Die Frankfurter Studentenschaft beging diesen Tag gemeinsam mit der schaffenden deutschen Jugend. Vor der Universität waren die Mitglieder der Arbeitsdienstlager aufmarschiert, ferner die studentische SA- und SS-Mitglieder sowie die Fahnenabteilungen der NSDAP. Prof. Dr. Flaggstaff begrüßte als Vertreter des Rektors namens der Universität die Kameraden vom Arbeitsdienst aus Königsberg, Pösch, Neu-Jenbach und Gensheim bei Mainz und die Stadt als einen neuen Beweis der Verbundenheit des heutigen Studenten mit dem deutschen Volk. Der Führer der Frankfurter Studentenschaft, Referendar G. W. Müller, erklärte, daß durch den Nationalsozialismus das egoistische Schicksal des früheren Studenten ausgerottet sei und dem Bewußtsein der Verbundenheit mit allen Schichten des Volkes Platz gemacht habe. Ganz besonders unterfützte er den bewussten Gegensatz des heutigen Marktes mit gewissen Feiern, die in den nächsten Tagen stattfinden. Vor der Universität formierten sich die Studenten und Arbeitsdienstler zu einem Marsch durch die Stadt, wo auf dem Hofenplatz die Verkündung der Arbeitsdienstpflicht stattfand. Der Führer des Arbeitsdienstes im Gau, Frach, wies darauf hin, daß die Hochschule nicht mehr allein das Wissen zu vermitteln habe, sondern daß der Student auch mit Lebenserfahrung gewappnet ins Leben treten solle. Er ging dann eingehend auf die Aufgaben des Arbeitsdienstes ein und betonte besonders den Erziehungsgehalt, der die

jungen Menschen zur Kameradschaft und zur echten Volksgemeinschaft erziehen solle, um dadurch die alten Klassen-gegensätze endgültig zum Verschwinden zu bringen. Er forderte die Jugend auf, ihre ganze Kraft in diesen Dienst an Volk und Reich zu stellen, um ihr Teil zum Gelingen des großen Werkes des Führers beizutragen. Der Amtsleiter, des studentischen Arbeitsdienstes der Frankfurter Universität, Rögger, unterfützte die Worte des Führers des Arbeitsdienstes und erklärte, daß die Studentenschaft bereit sei, sich voll und ganz in den Ehrenamt des deutschen Volkes zu stellen. Das Fest-Wesell-Gezack beendete die Rundgebung, an der auch die Frankfurter Bevölkerung regen Anteil nahm.

... und in Darmstadt.

Darmstadt, 24. Jan. Nach einem Marsch mit klingendem Spiel durch die Stadt, an dem hinter ihren Fahnenabteilungen die Studentenschaft der Technischen Hochschule, Gruppen der SA- und des freiwilligen Arbeitsdienstes beteiligt waren, wurde am Mittwochmittag auf dem Paradeplatz, wo der Aufmarsch erfolgte, die Arbeitsdienstpflicht der deutschen Studentenschaft verkündet. Der Rektor der Technischen Hochschule Professor Busch begrüßte den Einmarsch der Studentenschaft, zehn Wochen freiwillig der einfachen Arbeit zu widmen, als Zeichen des Willens zur Volksgemeinschaft und zum persönlichkeitsformenden Gemeinschaftsleben. Der Sprecher der Studentenschaft bezeichnete als wesentliches Erziehungsmoment das gemeinsame Arbeits- und Kampferlebnis, das der Jugend durch den Arbeitsdienst, eine Erneuerung des sozialistischen Gedankens, gegeben werde. Darauf sprach der Gauführer des Arbeitsdienstes Frach. Er freute sich, daß die akademische Jugend aus sich heraus die Arbeitsdienstpflicht gefordert habe als Lebenserziehung ihres einseitigen Berufslebens. Er legte dann in längerer Rede die erzieherische, nationalsozialistische und sittliche Bedeutung des Arbeitsdienstes dar. Die Rundgebung schloß mit dem Deutschland- und Fest-Wesell-Gezack.

Aus den Gerichtssälen.

Drei katholische Geistliche

vor dem Münchener Sondergericht.

München, 24. Jan. In dem Prozeß gegen die drei katholischen Geistlichen Dr. Müller, Thaler und Sollaicher, wegen Verbreitung von Grenzverletzungen, verurteilte das Sondergericht am Mittwochabend folgendes Urteil:

Die Angeklagten Dr. Müller, Thaler und Sollaicher sind schuldig eines Vergehens wegen § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1933. Es werden verurteilt: Stadtpfarrer Dr. Müller zu vier Monaten Gefängnis, Kaplan Thaler zu drei Monaten Gefängnis und der Katechet Sollaicher zu fünf Monaten Gefängnis. Außerdem haben alle drei die Kosten zu tragen.

An der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Es wurde festgestellt, daß Müller die Behauptungen über Vorgänge in Daxau, die er, wie nicht widerlegt werden konnte, von einem Kommunisten erfahren hatte, an seine Kapläne weitergegeben hat. Thaler hat diese Mitteilungen an seinen Kollegen Sollaicher weitergegeben, der sie weiterverbreitet. Die Behauptungen waren unwahr und infolgedessen geeignet, das Ansehen der Regierung schwer zu schädigen. Dr. Müller gibt zu, die Behauptungen selbst für unwahr gehalten zu haben. Das Gericht verurteilt nicht, daß es im öffentlichen Interesse wesentlich sein kann, daß der Wozzer seine Kapläne über die Stimmung in Kommunistenkreisen unterrichtet, doch braucht er nicht Einzelheiten weiterzugeben. Auch hätte er den Kaplänen ein Schweigegelübde auferlegen und sie davon unterrichten müssen, daß er selbst die ihm mitgeteilten Behauptungen für unwahr halte. Das Gericht hat angenommen, daß Dr. Müller nicht ausschließlich aus religiöserem Interesse gehandelt habe, und deshalb habe ihm eine übergeleitete Rechtfertigung nicht zur Seite.

Die anderen beiden Angeklagten hätten trotz der Zweifel an der Richtigkeit der Behauptungen weiter verbreitet, Thaler zwar nur an seinen Kollegen, dieser aber habe versucht, die Behauptungen einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Deshalb habe auch Sollaicher am härtesten bestraft werden müssen.

Strafmildernd wurde bei Dr. Müller berücksichtigt, einmal sein Gefährdungs, dann die Tatsache, daß er als Kriegsteilnehmer voll seine Pflicht getan habe und innerlich seines Pflichtentretens dem Marxismus entgegengesetzt sei. Er

schwerend dagegen wirke die Ungeheuerlichkeit der Behauptungen und die Tatsache, daß Müller in seinem Amt zu einer besonderen Zurückhaltung verpflichtet gewesen wäre.

Vierter Lüneburger Hochverratsprozeß.

Das Urteil.

Lüneburg, 24. Jan. Im vierten Lüneburger Hochverratsprozeß wurde am 24. Januar das Urteil gefällt. Es lautete gegen den Lüneburger Steinweg, der den Bestand der KPD in Lüneburg neu gründen wollte, auf drei Jahre Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust, gegen den Lüneburger Bormann auf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust, gegen den Lüneburger Kollmeyer, der nach Bormanns Verhaftung die Arbeit fortsetzte, auf zwei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zwei Jahre sechs Monate. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Der Präsident sagte zusammen, daß der Lüneburger Hochverratsprozeß gezeigt habe, wie die KPD, bemittelt gewesen sei, in der Umgebung von Lüneburg den bewaffneten Aufstand durch Beschaffung von Waffen und Munition vorzubereiten und wie sie durch Aufbau des Parteiapparates und durch Verteilung ihrer perbotenen Hefen versucht habe, die Masse für ihre hochverräterischen Ziele zu gewinnen. Die Taten der verurteilten Angeklagten seien um so verwerflicher, als sie den beginnenden Gesundheitsprozeß zu führen geeignet und damit gegen das Reich und seinen Bestand gerichtet gewesen seien.

* Ungehobenes Todesurteil. Das Reichsgericht hob am Dienstag auf die Revision des 24-jährigen Schmiedes Georg Kasparid das Urteil des Chemnitzer Schwurgerichts vom 20. 10. 1933 auf unter gleichzeitiger Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz. Durch das angefochtene Urteil war der Angeklagte wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. Er hatte am 7. 11. 1932 den SA-Scharführer Oskar Wilmner in Chemnitz durch drei Messerstiche getötet. Das höchste Gericht sah durch die bisherigen Urteilsverhandlungen als nicht pflichtbehebend an, daß der Angeklagte die Tat mit Überlegung ausgeführt, also einen Mord verübt hatte.

Inventur-Verkauf

Herren-Halbschuhe 3.90
Herren-Schuhe 4.50
graue Wildleder 3.50
D.-Spannen 2.50
u. Halbsch. 2.50

Besuchen Sie uns, Sie finden das von Ihnen Gewünschte und für Sie Passende sehr günstig. Bei kleiner Anzahlung werden Schuhe zurückgestellt.

Drachmann
Neugasse 22
Partenre und 1. Stock.

Inventur-Verkauf

Sie müssen die Vorteile der letzten Tage unbedingt wahrnehmen

Herrenkleidung
Wiesbaden
Kirchg. 56Freibant.
Freibantkleidverkauf am Freitag, den 26. Januar 1934, nachmittags ab 1 UhrEs ist die höchste Zeit
Für noch wenige Tage
Inventur-Verkauf
Haus-Küchengeräte
zu nie geahnten Preisen.Erich Stephan
Kl. Burgstr. Ecke KäfergasseEleg Schlafzimmer
KüchenSpisenzimmer, einz. Büfette, Schreftische, Ausziehtische, Couches, Matr., Federzeug
nirgends so billig
Möbel-Schorndorf
29 Helenestraße 29
Aust. zugelassen für EhesanddarlehensschüsseHerde - Öfen
GasherdeA. Jungmann
Mauritiusstraße 16
Holzhausent.Scheidebin
empf. sich i. Neu-
u. Umz. von
Dam-Gard. zu
bill. Preisen
Scherbenentl. 1,2

Am 5. Februar 1934, vormittags 10 Uhr wird an der Gerichtsstelle, Gerichtstraße 2, Zimmer 88, das in Wiesbaden belegene Hausgrundstück mit Zubehör, Frankfurt 10/15, spangeweise veräußert.

Holzversteigerung.

Montag, den 29. Januar 1934, werden im Stadtwald Wiesbaden, Distrikt „Unters Hahnholz“, veräußert:
473 rm Buchenholz und Kieferholz,
176 rm Eichenholz und Kieferholz,
300 rm Eichen-Rohrholz, 2,4 m lang.
Zusammenkunft: 9 Uhr vor dem Forsthaus Dambach.Wiesbaden, den 22. Januar 1934.
Städtische Verwaltung für Landwirtschaft und Forsten.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, den 26. Januar 1934, 15 Uhr, veräußert in Wiesbaden, Mettelstraße 24, zwangsweise öffentlich meistbietend gegen Sachzahlung:
1. 1. Etage Wohnzimmer, 2. Bad, 3. Küche,
4. Schlafzimmer (Continental und Matras),
5. Schlafzimmer, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
6. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
7. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
8. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
9. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
10. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
11. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
12. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
13. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
14. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
15. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
16. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
17. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
18. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
19. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
20. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
21. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
22. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
23. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
24. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
25. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
26. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
27. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
28. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
29. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
30. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
31. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
32. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
33. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
34. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
35. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
36. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
37. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
38. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
39. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
40. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
41. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
42. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
43. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
44. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
45. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
46. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
47. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
48. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
49. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
50. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
51. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
52. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
53. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
54. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
55. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
56. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
57. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
58. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
59. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
60. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
61. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
62. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
63. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
64. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
65. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
66. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
67. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
68. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
69. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
70. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
71. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
72. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
73. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
74. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
75. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
76. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
77. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
78. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
79. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
80. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
81. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
82. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
83. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
84. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
85. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
86. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
87. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
88. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
89. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
90. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
91. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
92. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
93. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
94. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
95. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
96. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
97. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
98. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
99. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
100. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
101. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
102. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
103. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
104. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
105. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
106. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
107. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
108. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
109. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
110. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
111. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
112. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
113. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
114. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
115. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
116. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
117. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
118. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
119. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
120. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
121. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
122. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
123. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
124. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
125. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
126. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
127. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
128. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
129. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
130. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
131. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
132. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
133. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
134. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
135. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
136. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
137. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
138. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
139. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
140. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
141. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
142. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
143. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
144. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
145. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
146. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
147. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
148. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
149. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
150. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
151. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
152. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
153. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
154. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
155. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
156. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
157. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
158. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
159. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
160. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
161. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
162. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
163. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
164. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
165. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
166. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
167. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
168. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
169. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
170. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
171. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
172. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
173. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
174. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
175. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
176. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
177. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
178. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
179. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
180. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
181. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
182. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
183. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
184. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
185. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
186. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
187. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
188. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
189. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
190. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
191. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
192. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
193. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
194. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
195. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
196. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
197. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
198. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
199. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
200. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
201. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
202. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
203. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
204. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
205. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
206. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
207. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
208. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
209. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
210. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
211. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
212. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
213. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
214. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
215. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
216. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
217. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
218. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
219. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
220. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
221. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
222. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
223. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
224. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
225. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
226. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
227. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
228. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
229. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
230. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
231. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
232. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
233. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
234. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
235. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
236. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
237. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
238. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
239. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
240. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
241. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
242. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
243. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
244. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
245. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
246. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
247. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
248. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
249. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
250. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
251. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
252. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
253. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
254. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
255. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
256. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
257. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
258. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
259. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
260. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
261. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
262. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
263. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
264. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
265. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
266. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
267. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
268. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
269. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
270. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
271. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
272. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
273. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
274. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
275. 1. Kabinett, 1. Kabinett, 1. Kabinett,
276. 1. Kabin

Neues aus aller Welt.

Mann mit zweiundzwanzig Namen.

Europas gefährlichster Eisenbahndieb in Basel verhaftet. — Der große und die kleinen Koffer.

Nach monatelangen Bemühungen ist es dank der Zusammenarbeit mehrerer europäischer Polizeibehörden gelungen in Basel durch die schweizerische Kriminalpolizei den gefährlichsten Eisenbahndieb Europas verhaften zu lassen. Die ersten Feststellungen wurden von der französischen Polizei getätigt. Der Verhaftete ist ein gewisser David Strogmann, in Amerika geboren, jetzt staatenlos, ein Mann mit 22 Namen und 13 Ausweisen. Sein Kriminallife ist selber entnommen.

Seit dem vergangenen Herbst häuften sich auf den westeuropäischen Hauptbahnen Frankfurt a. M. — Basel, Paris — Basel, Basel — Zürich und ähnlichen die Eisenbahndiebstähle in beunruhigendem Maße.

Die meisten Diebstähle wurden während der Fahrt in den Zügen verübt. Einer der größten Coups war der Diebstahl der Handtasche einer Berlinerin, die Geld- und Schmuckstücke im Werte von mehr als 100 000 Schweizer Franken enthielt.

Am gleichen Tag war einem Amerikaner sein Handkoffer abhanden gekommen. Einer ganzen Familie wurden die Kleinen Coupéstücke geklaut. Man konnte sich nicht erklären, wann und wie und wo die Diebereien verübt wurden.

In Karlsruhe hatten die deutschen Kriminalisten vor einigen Wochen einen „elegantesten Herrn“ verhaftet, den sie im Verdacht des D-Jug-Diebstahls hatten und den sie auch als David Strogmann identifizierten. Er wurde auch verurteilt, stellte sich dann aber krank und entkam aus dem Krankenhaus, um sofort wieder seinen Beruf aufzunehmen.

Aber sein Bild und Proben seiner Handkoffer wurden in alle europäischen Länder geschickt. In Wiesbaden schenkte ihm französische Kriminalbeamte. Er war sehr hartes Gedächtnis auf dem Gehirne, daß er unter Zurücklassung seines Koffers entkam. In dem Koffer fand man in einem Geheimfach Ausweispapiere auf 22 verschiedene Namen. Die Spur führte weiter nach Basel. Hier kontrollierte man sofort alle Hotels und entdeckte, daß die Handtasche eines angeblichen Engländers, Frederick Wade, mit der des verhafteten Strogmann eine starke Ähnlichkeit hatte. Mit dem deutschen Diebstahlsbild bemalt, lauwerten die schweizerischen Detektive dem Witter Wade auf, und als man dem alten D-Jug-Dieb auf den Kopf zukam, war er tot, folgte er sofort und ganz ruhig den Beamten, wollte aber unterwegs ein Kissen mitschleppen. In dem Kissen befanden sich 30 verschiedene Kofferstücke, die wichtigsten Werkzeuge des D-Jug-Diebes.

Man stellte fest, daß er unter den Namen Dr. Hirt oder Hirt, Walton, Wimmer, Gardner, Edgar und anderer gereist war und unter diesen Namen auch bei Reisbüros und Hotels bekannt war.

Er arbeitete immer so, daß er mit einer Jackkarte 2 oder 1. Klasse reiste, abwarzte, bis die Opfer in den Speisewagen gegangen waren und dann schnell die Koffer der Opfer in einen größeren Koffer legte und auf der nächsten größeren Station ausließ. Sogar nachgemachte Abteilungskübel für alle europäischen Bahnen hatte er bei sich.

Die Baseler Raubmörder.

Die Täter des Bankraubes in Gießenberg.

Stuttgart, 24. Jan. Wie die Kriminalabteilung des Polizeipräsidiums Stuttgart mitteilt, haben die beiden Baseler Mörder Waldemar Belte und Kurt Sandberg aus Wuppertal, wie jetzt feststeht, den Raubüberfall am 18. November 1933 verübt. Es ist damals gelungen, an dem von den Tätern geklauten Kleinfuhrwagen eine Fingerspur abzunehmen, die einwandfrei zum rechten Zeigefinger des Raubmörders Belte verurteilt wurde. In einem bei Belte aufgefundenen Taschenrechner befinden sich u. a. folgende Aufzeichnungen: 18. 11. 33 (Akte) 11. 5. 14 (19) (Akte 10). Die Abführung bedeutet ohne Zweifel „Autoüberfall“. Die beiden angegebenen Daten stimmen mit den Überfällen in Stuttgart und Basel überein. Es steht fest, daß die Täter, nachdem sie Stuttgart verlassen hatten, nach Hause fuhren und sich in Gießenberg und Köln das französische und belgische Visum besorgten. Sie sind dann über Straßburg und Antwerpen nach Paris gereist. Dort haben sie sich einige Zeit aufgehalten und sich dann über Marseille nach Basel begeben. Auch nach dem Baseler Banküberfall sind sie vorübergehend wieder in Marseille gewesen, bald darauf aber wieder nach Basel zurückgekehrt. Bei den Tätern fand man außer ihren Selbstabspiseln noch 28 Schuß Munition, Kaliber 7,65 mm. Die Tagebuchaufzeichnungen werden durch die Kriminalpolizei noch weiterhin genau geprüft. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich anhand derlei Anhaltspunkte für die Aufklärung weiterer ähnlicher Straftaten ergeben.

Finanzskandale und kein Ende in Frankreich.

Ein neuer Fall.

Paris, 24. Jan. Gegen die Leiter eines Unternehmens zur Durchführung großer öffentlicher Arbeiten ist Anklage erhoben worden. Es handelt sich um den früheren Ministerpräsidenten Francois Marcel und einen gewissen Gerard, die Vorstandsmitglieder dieser Gesellschaft sind.

Zwei hohe französische Ministerialbeamte verurteilt.

Paris, 24. Jan. Im Anschluß an eine Unterbrechung, die zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Handelsminister stattfand, wird bekanntgegeben, daß auf Grund der im Handelsministerium im Zusammenhang mit dem Stavisky-Skandal geführten Untersuchung der Generalinspektor für das Kreditwesen im Handelsministerium, Delamarche, und ein stellvertretender Abteilungsleiter desselben Ministeriums vor den Disziplinarrat gestellt wurden. Beide Beamte haben ihre Amtstätigkeit sofort einzustellen.

Die Stavisky-Schicksale für Guibin.

Paris, 24. Jan. Dem am Dienstag in Haft genommenen Direktor der Versicherungsgesellschaft „Confiance“, Guibin, wird zur Zeit gesagt, von Stavisky drei Schicksale nicht, namlich 200 000 Franken erhalten zu haben. Nach dem „Petit Parisien“ erklärte Guibin, daß der eine Schied über 55 000 Franken, den er von Stavisky erhalten habe, die Rückerstattung einer Vergütung sei, die er selbst ausgemacht habe, als er einen Kausungsvertrag des Ragnonier Leihhauses bei einer anderen Versicherungsgesellschaft habe dislozierten lassen. Über den zweiten Schied in Höhe von 100 000 Franken äußerte sich Guibin viel weniger bestimmt. Er behauptete

nämlich, daß das die Auszahlung einer Rente sei, die er auf ein Pferd des Stavisky'schen Rennstalles gesetzt habe. Der dritte Schied über 30 000 Franken ist die Rückzahlung Stavisky's für eine gleich hohe Summe, die er, Guibin, Stavisky eines Abends geliehen habe, als die Banken schon geschlossen waren und Stavisky notwendig 30 000 Franken in bar brauchte.

Stavisky Teilhaber einer französischen Militär-Flugzeugfabrik?

Paris, 24. Jan. Die Zeitung „Le Jour“, die sich auch heute wieder mit dem Stavisky-Skandal befaßt, wirft die Frage auf, ob es den Teilhabern entpasse, das Stavisky bis in die letzten Dezember-Wochen 1933 der Teilhaber einer Flugzeugfabrik gewesen sei, die französische Militärflugzeuge herstellte.

Lärmende Kundgebungen im Pariser Justizpalast.

Paris, 24. Jan. Mitglieder der „Action française“ drangen am Mittwochnachmittag in den Pariser Justizpalast ein, wo sie Flugchriften verteilten und lärmende Kundgebungen veranstalteten. Einem Mitarbeiter des Unterrichtsministers de Monzie, der zufällig in den Wandgängen des Justizpalastes erschien, wurde übel mitgespielt. Mehrere Anwälte, die im Stavisky-Fall eine regierungsfremde Haltung eingenommen haben, benutzten die Gelegenheit, um dem Angeklagten beständige Vorwürfe zu machen. Der lebhafteste Wortwechsel hatte fast zu Tätlichkeiten geführt.

Maffierstreit an der Börse von Alexandria.

Tumulte und Proteste.

Alexandria, 24. Jan. An der hiesigen Börse ist am Mittwoch ein Maffierstreit ausgebrochen, um gegen eine Rede des Finanzministers vor dem Parlament zu protestieren. Der Finanzminister soll nämlich geäußert haben, daß die Maffier „Banditen“ seien, deren Tätigkeit lediglich darin bestehe, die ägyptischen Pächter bis aufs Blut auszulaugen. Die Börse ist geschlossen. Die Börsenkommission hat sich entschlossen, ein Schreiben an den Premierminister zu senden. Ferner soll sich eine Delegation nach Kairo begeben, um dort eine Entschuldigung des Finanzministers zu erreichen. Der Präsident der Börse teilte diesen Beschlüssen den streikenden Maffiern mit und forderte sie auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Diese Aufforderung wurde von den Maffiern mit härmischen Protestrufen beantwortet. Sie weigerten sich, an die Arbeit zu gehen, bevor eine Nachfrist von der erzürnten Entschuldigung eingegeben sei. Die Protestkundgebungen arteten zu Tumulten aus, die auf die gesamte Belegschaft der Börse übergrieffen.

Verbrecherjagd im Saargebiet. Eine Abteilung von sechs Landjägern und zwei Kriminalbeamten umstellte am Dienstagabend das Gelände am jenseitigen Steigerhaus bei Reichweiler, nachdem gemeldet worden war, daß sich dort der flüchtig gefasste Franz Jwinger aufhalte, der im Oktober in Karlsruhe einen Kriminalkommissar erschossen und einen anderen Kriminalbeamten verletzt hatte. Jwinger gab auf die Beamten drei Schüsse ab, von denen einer den Landjäger Weisgerber traf, der durch Bauchschmerz schwer verletzt wurde. Jwinger konnte in der Dunkelheit im Walde entkommen.

Das Unglück auf der Sandstraße Oberburg-Wittenberge aufgefällt. Das schwere Motorradunfall, das in der Nacht zum Dienstag auf der Chaussee Oberburg-Wittenberge zwei Todesopfer forderte, hat durch die Unterbrechung der Staatsanwaltschaft keine Aufklärung gefunden. Die polizeiliche Untersuchung ergab, daß Beyer von seinem Vater beauftragt worden war, auf dem Schweinemarkt Ferkel aufzukaufen und gegen das Verbot seines Vaters seinen gleichaltrigen Freund mitgenommen hatte. Aus dieser noch unvollständigen Untersuchung geht hervor, daß Beyer gegen einen Baum sein Begleiter schwer verletzt wurde, ehe er selber selbst nur leichte Verletzungen. Aus Verwirrung über den Unfall brachte sich Beyer einen tödlichen Kopfstoß bei.

Mord in Bad Charlottenbrunn. Der Grabenhepper Tänger und eine noch unbekannte Frau wurden am Mittwochfrüh in einem Gehäusen in Bad Charlottenbrunn bewußtlos aufgefunden. Die Frau war tot. Offenbar ist sie erdrosselt worden. Tänger wurde ins Krankenhaus gebracht. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Personen aus Madrid-Santander entgeht. Havas meldet aus Santander, daß der Personalaus Madrid-Santander zwischen Pesquera und Montañiz infolge Bahnunfalls entgeht. Vier Personen sollen ums Leben gekommen sein, darunter der Lokomotivführer und Heizer. Die Zahl der Verletzten wird mit 20 angegeben. Ein Hilfszug ist von Santander abgegangen worden.

Schwere Zusammenstöße bei Coruna. In einem Dorf in der Nähe von Coruna (Spanien) wurden Arbeiter, die mit der Verlegung einer elektrischen Hochspannungslinie beschäftigt waren, von Gruppen freier Bauarbeiter, unter denen sich zahlreiche Frauen befanden, tätlich angegriffen und als Streikbrecher beschimpft. Die Polizei, die bei ihrem Erscheinen von der Menge mit Steinen beworfen wurde, versuchte, die Angezeiger mit Schreihüssen zu vertreiben. Als dies nichts nützte, schloß sie auf die Menge; eine Frau wurde getötet, drei Frauen und ein Mann schwer verletzt.

Wahllicher Streit in einem großen Hotel New York. Am Waldorf-Astoria-Hotel in New York, einem der größten der Stadt, traten am Dienstagabend plötzlich wegen der Entlassung eines Unterlades etwa 600 kleiner, Köche und weiteres Küchenpersonal in den Streik. Die Streikenden hatten vorher nicht die geringste Streikabsicht merken lassen. Sie verteilten Punkt 19 Uhr ihre Essen und Trinken, obwohl vorher schon Hunderte von Gästen in den Sälen versammelt waren und Speisen bestellt hatten. Alles Einwirken der Hotelleitung auf das Personal blieb erfolglos, so daß die drei großen Hauptrestaurants des Hotels geschlossen werden mußten. Später konnte ein Teil des Betriebes wieder aufgenommen werden.

Ein Mörder aus dem Gefängnis entkommt und erschossen. Nach einer Neuentdeckung aus Hazards (Kentucky) brachen 30 bis 40 bewaffnete und maskierte Männer am frühen Abend des Mittwoch in das Kerr County-Gefängnis ein, um den dortigen Gefangenen James Reg Scott, der in einem Kraftwagen und fuhrten davon. Der Sheriff nahm mit 50 Mann die Verfolgung der Mörder an. Sie konnten aber nur die Leiche des Regers, die an einem Baum hing, finden. Sie war von 40 Schüssen durchbohrt. Scott war beschuldigt, einen Bergmann lebensgefährlich verletzt zu haben. Das Verbrechen in den Vereinigten Staaten hat beträchtlich zugenommen. Im Jahre 1933 waren im ganzen nur sechs Lynchmorde zu verzeichnen, im Jahre 1933 dagegen wurden 42 Mörder und 5 Weiber getötet.

Eine Bronze-Plastik als Geschenk für Dr. Goebbels.



„Der Volksredner“.

eine schöne Klein-Plastik des bekannten Berliner Bildhauers Prof. Seger, wurde von dem Künstler dem Reichsverband der Deutschen Rundfunknehmer übergeben mit der Bitte, die Bronze dem Reichspropagandaminister als Ehrengeschenk aufzustellen.

Zwei Töchter des Königs von Nepal beim Erdbeben getötet. Zwei Töchter des Königs von Nepal sowie die jüngste Tochter des Premierministers wurden während des indischen Erdbebens, als ein Teil des Königspalastes umfiel, getötet.

Erdbeben in Nordchina. Wie Reuters aus Schanghai meldet, wurden die nordchinesischen Provinzen Schanji und Suijua von einem Erdbeben heimgesucht, das zwei bis drei Minuten dauerte. Im Bezirk von Wuyuan in Süden der Provinz Suijua stürzten zahlreiche Gebäude ein und begruben die Bewohner unter den Trümmern. Man befürchtet, daß zahlreiche Tote und Verletzte zu verzeichnen sind.

Gerichtssaal.

Der Mord an dem SS-Mann von der Alh.

Berlin, 24. Jan. Wie die Justizpressestelle mitteilt, hat die Staatsanwaltschaft Berlin wegen des am 17. Februar v. J. an dem SS-Führer der SS, von der Alh, begangenen Mordes nunmehr Anklage gegen 18 Personen erhoben und beantragt, das Hauptverfahren vor dem hiesigen Sondergericht zu eröffnen. Das kommunische Verbrechen an dem SS-Mann von der Alh erfolgte etwa drei Wochen nach dem Mord an dem Sturmführer Hans Eberhard Raikowitsch und dem Polizeiwachmeister Jauritz.

Die Anklage legt 17 Beteiligten außer Randbüchensbruch gemeinschaftlichen Mord zur Last. Sie steht in dem Hauptantrag, dem 23. Jahre alten Richard Völling, den Führer der Charlottenburger Kampfgruppen und somit den Leiter des ganzen Überfalls. Völling ist nach den Ermittlungen auch derjenige, der die tödlichen Schüsse auf den SS-Mann abgab. Die übrigen 16 Beteiligten gegen den letzten Angeklagten, den 31 Jahre alten Paul Jweiz, der sich als Straßenspanner an der Verlegung der SS-Männer beteiligte, ist ausschließlich Anklage wegen Landfriedensbruch erhoben.

Man hofft, den Prozeß in zehn bis zwölf Tagen zu Ende führen zu können. Im Gegensatz zu dem Raikowitsch-Prozeß, in dem das Urteil am 26. Januar zu erwarten ist, finden im Falle der Ermordung des SS-Schärführers von der Alh die Strafverfahren in den Bestimmungen des Reichsgesetzes über Verurteilung der Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 und des § 1 des Gesetzes über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe vom 28. Dezember 1933 Anwendung.

Zwei Todesurteile. Im Dortmunder Mordprozeß verkündete das Gericht kurz nach 15 Uhr folgendes Urteil: Die Angeklagten Schulte und Scheer werden wegen Mordes in Tateinheit mit Raub dreimal zum Tode und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Pieper wird wegen schweren Raubes unter Einbeziehung der vom Schwurgericht ergangenen Urteile zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. Schulte und Scheer werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit und Pieper auf fünf Jahre aberkannt.

Meteorologische Beobachtungen in Wiesbaden

(Station beim Städt. Fortifikationsamt Schillingstraße)

	24. Januar 1934				Werte
	7 Uhr 27	12 Uhr 27	19 Uhr 27	27 Uhr 27	
Luftdruck auf 0° und Normalhöhe	105.8	105.3	105.0	104.7	
Temperatur (Celsius)	-2.0	-0.6	-2.4	-2.1	
Relative Feuchtigkeit (Prozent)	84	88	91	90	
Windrichtung	NO	ORD	SE	SE	
Windstärke (km/h)	10	10	10	10	
Wetter	bedeckt u. bewölkt	bedeckt u. bewölkt	bedeckt u. bewölkt	bedeckt u. bewölkt	
Abkühlungsrate	0.8				
Gewitterhäufigkeit	0.8				
Wasserstand des Rheins am 25. Januar 1934					
Hochwasser	1.51 m	gegen	1.74 m	in	gehoben
Niedrigwasser	0.70		0.94		
Raub	2.00		2.26		
Stau	2.55		3.02		

Das große Reichstreffen der Ritter Pour le mérite.



Von links nach rechts: Admiral v. Lang, General v. Eberhard, General v. Watter, General v. Rohberg, Ministerdirektor Brandenburg.

Anlässlich des Geburtstages Friedrichs des Großen, des Stifters des Pour le mérite, trafen sich 160 mit dem Orden Ausgezeichnete, das sind fast Zweidrittel aller noch lebenden Ritter in Berlin und Potsdam. Den Auftakt bildete ein Kameradschaftsabend.

Das ostasiatische Kaiserreich.

Japans Pläne in der Mandschurei. — Annäherung Tokio-Manting? — Der russische Widerstand.

In dem Stadium der diplomatischen Aktionen, der diplomatischen Manöver und in Kriegen, die den Paris ausgehend, die europäische Staatenwelt durchdringt, admet man kaum darauf, was sich in Ostasien abspielt. Hin und wieder, wenn Meldungen von Grenzkonflikten, von Grenzübergriffen durch Flugzeuge der einen oder der anderen Macht einlaufen, wenn die Proklamierung eines ostasiatischen Kaiserreichs angekündigt wird, horcht man zwar in Europa auf. Aber der großen Menge europäischer Menschen sind das alles doch nur äußere Generationen, denen vielleicht der Reiz der Originalität anhaftet, die aber nicht ohne weiteres in einen Zusammenhang in seine politische Vorstellungswelt eingelegt werden können. Als die russisch-amerikanische Annäherung eintrat, als russische Politiker die Bedeutung dieses diplomatischen Ereignisses für die Entwicklung im Fernen Osten aussprachen, wurde zwar auch die Erkenntnis für die politischen Möglichkeiten im Fernen Osten geschärft, aber die eigenen Sorgen in Europa lenkten doch schnell wieder davon ab.

Tatsächlich hat aber diese russisch-amerikanische Verbindung gezeigt, daß auch für die abendländische Menschheit von Bedeutung ist, was sich in Ostasien abspielt, daß eines Tages die Ereignisse im Fernen Osten auch nach Europa hinüberwirken können. Die Antikipation der japanischen Regierung, daß der ehemalige chinesische Kaiser Puji, jetzt Präsident des Staates Mandschukuo, zum Kaiser des ostasiatischen Reiches ausgerufen werden soll, ist unter diesem Gesichtspunkt nicht als ein Ereignis zu betrachten, das lediglich die Beteiligten angeht. Die japanische Politik arbeitet seit langer Zeit mit Verstand, die zunächst keinen europäischen Staaten wesentlich sind, die selbst Interessen in Asien haben. Von Japan ist die Parole eines Panasiatismus ausgegeben worden, die Parole, einer asiatischen Monroe-Doktrin, die Parole „Asien den Asiaten“. Es haben Gründungen von Verbänden und Organisationen, die für dieses Ziel eintreten, in den verschiedenen Gebieten, die Fernen Osten betreffend, in Indien, in China, in Japan selbst. Die Tagungen, auf denen sich die Mitglieder dieser Organisationen aus den verschiedenen Teilen Asiens treffen, haben gezeigt, daß tatsächlich der panasiatistische Gedanke manifestiert. Das ist insofern von Bedeutung, als bisher der japanisch-chinesische Interessenkonflikt das Kennzeichen der Lage im Fernen Osten war, während dieser panasiatistische Gedanke unter Ausschaltung aller Gegensätze zwischen den ostasiatischen Völkern und unter Ausschaltung aller Grenzfragen eine gemeinsame asiatische Front gegen die Europäer errichten will. Bemerkenswert ist nun, daß im Gebiet der kaiserlichen Spannung in China selbst die panasiatistische Parole Widerstand gefunden hat. Die offizielle chinesische Nationalregierung in Manting hat sich ursprünglich hauptsächlich aus Gegnern Japans zusammengesetzt. Sie sind zum Teil allmählich auseinandergegangen gegen Persönlichkeiten, die grundsätzlich eine Annäherung der Chinesen an die japanische Politik nicht für ungewöhnlich betrachten. Man scheint sich in manchen chinesischen Kreisen heute damit abzufinden, daß das mandchurische Gebiet an Japan verloren gehen könnte, wenn statt dessen eine asiatische Front gegen den europäischen Einfluß aufgebaut kommt.

Die Verhandlungen, die in diesem Sinne zwischen japanischen und chinesischen Politikern geführt worden sind, werden vielleicht durch die Errichtung des ostasiatischen Kaiserreichs gefördert werden. Wenn ein Kaiserreich Japan ausgerufen wird, so könnte dadurch der chinesische Nationalismus verflacht werden. Aber Japan sucht planmäßig das kommende ostasiatische Kaiserreich nicht in einem Gegensatz zu China zu stellen, sondern in einem Gegensatz zu Rußland, womit neue panasiatistische Ziele aufgestellt wären. Wenn man die ostasiatischen Verhältnisse beurteilen will, so muß man davon ausgehen, daß heute bereits weniger ein chinesisch-japanischer als ein japanisch-russischer Gegensatz besteht, und das ist natürlich seine Wirkung auf den Staat Mandschukuo aus, der ja eine japanische Gründung ist und unter japanischer Leitung steht. Das ostasiatische Kaiserreich würde keine Ausdehnungsmöglichkeiten in erster Linie im Osten und im Nordosten haben müssen, das heißt in der Richtung nach der Mongolei. Die Mongolei untersteht nun zwar der Form nach der chinesischen Herrschaft, aber in Wirklichkeit ist es ein sehr wichtiges wirtschaftliches Einflußgebiet Rußlands. In der Praxis würde also durch eine Ausdehnung des ostasiatischen Reiches nach der Mongolei Sowjetrußland getroffen werden. Daraus ergeben sich die scharfen Proklamationen, die

von der Sowjetunion gegen die Gründung eines neuen Kaiserreichs erlassen worden sind, daraus erklärt sich auch, daß Rußland immer von neuem Rückhalt bei den europäischen Weltmächten sucht. Ob Japan einen Konflikt mit Rußland weiter hinauszögern will, ob es bereit ist, einen Konflikt zur Durchsetzung des panasiatistischen Gedankens schon jetzt wegen der Frage des mandchurischen Kaiserreichs zu riskieren, läßt sich schwer sagen. Sicher ist aber, daß Sowjetrußland selbst keine Schwäche in Ostasien spürt, und daß von japanischer oder richtiger vielleicht von nationalitätspolitisch-asiatischer Seite dieser Zeitpunkt der russischen Schwäche ausgenutzt wird, um in der Zeit liegenden Pläne weiter zu treiben.

Der Rhein steigt.

— Mainz, 24. Jan. Seit einigen Tagen ist der Rhein fast im Steigen. Der Rheinhain bei St. Goar hat bereits große Flächen des Naturdenkmalgebietes „Rühlpfahl“ überflutet. Auch der Wasserstand des Rheins ist wieder gestiegen. Trotzdem die Mainklosterfahrt infolge Einsturzes eines Schleusensturmes in Mainz-Kastell offiziell eingestellt ist, passieren den Untermain auf eigenen Kisten Rastkisten mit einem Tiefgang von mehr als 1,50 Meter.

Schleusenperrung auf dem Main.

— Frankfurt a. M., 24. Jan. Wegen Rückgang der Wasserstände wird die Durchfahrt durch Schleuse Rottheim zu Berg und durch Schleuse Griesheim zu Tal mit Ausnahme der Schleuse Rammheim gesperrt. Mit der teilweise Wiederherstellung des Staues in der Haltung Rottheim ist nicht vor Sonntag zu rechnen.



Der Arbeitsdienst gedenkt Friedrichs des Großen.

Oben: Staatssekretär Hierl, der Reichsleiter des Freiwilligen Arbeitsdienstes, nimmt in Potsdam den Vorbeimarsch der Kolonnen des Freiwilligen Arbeitsdienstes ab. — Unten: Oberst Hierl legt im Namen des Arbeitsdienstes einen Kranz an der Gruft des großen Preußenkönigs nieder.

Der Bezirks-Eilverkehr

im Rhein-Main-Gebiet.

Frankfurt a. M., 24. Jan. Nachdem im Herbst vergangenen Jahres durch die Gründung des Rhein-Mainischen Industrie- und Handelsverbandes die wirtschaftlichen Organisationen im Rhein-Main-Gebiet engeren Zusammenfassung zugeführt worden sind, hat der Rhein-Mainische Industrie- und Handelsverband eine Denkschrift „Gesamtplan zum Ausbau des Bezirks-Eilverkehrs im Rhein-Main-Gebiet“ ausgearbeitet, die jetzt den beteiligten Stellen übermittelt worden ist. In der Denkschrift heißt es u. a.: Bereits seit geraumer Zeit besteht bei den Verkehrstreibenden im Rhein-Main-Gebiet der dringende Wunsch, den Eilverkehr erneut stärker als bisher ausgebaut zu sehen. Gelegenheit fand sogar Forderungen laut geworden, einen besonderen Städte-Eilverkehr einzurichten, der dem Berliner und Hamburger Vorortverkehr anzupassen wäre. Den vielfachen in dieser Richtung an sie herangetragenen Wünschen entsprechend hatten die Reichsbahndirektionen Frankfurt a. M. und Mainz schon im Sommerfahrplan 1930 beginnend in dankenswerter Weise eine Reihe von Bezirks-Eilzügen eingelegt, welche die Schnellverbindungen zwischen den einzelnen Städten des Rhein-Main-Gebietes besser als bisher gestalten und insbesondere unangenehm empfundenen Lücken im Fahrplan ausfüllen sollten. Diese Bezirks-Eilzüge beschränkten sich bisher allerdings in der Hauptsache auf die Strecken des Städtebereiches Frankfurt—Mainz—Wiesbaden—Darmstadt. Angesichts der seitherigen Entwicklung erscheint es klar, daß die weiteren Verbesserungen des rhein-mainischen Verkehrs zweckmäßig im Sinne eines organischen Ausbaues des vorhandenen, grundsätzlich durchaus bewährten Zustandes erfolgen. Es ist somit lediglich notwendig, den bestehenden Verkehr mit schnellen Zügen weiter zu vergrößern, und zwar in einer Weise, die noch mehr als die bisherige Verkehrsgehaltung den Willen der Schiene erkennen läßt, im Wettbewerb mit dem Kraftwagen ihren Bestzustand zu wahren und zu mehren. Bei der weiteren Ausgestaltung des Verkehrs wird dem Umstände Rechnung zu tragen sein,

daß in absehbarer Zeit wohl leistungsfähige Schnelltriebwagen mit Höchstgeschwindigkeiten von 100, 120 oder noch mehr Kilometern zum Verkehr auf den Hauptbahnen des Rhein-Main-Gebietes zur Verfügung stehen werden.

Insgesamt sieht der Plan an Bezirks-Eilzügen für das Rhein-Main-Gebiet eine Mehrleistung von rund 3500 Zug-Kilometern vor. Bei einer Tagesleistung je Eiltriebwagen von 450 Kilometern wären hiernach nur 12 Triebwagen notwendig, zu denen an Referenz noch etwa 3 Triebwagen hinzukämen. Bei einer Ausbesserung von nur 15 Eiltriebwagen wäre somit auf jährlichen Strecken des Rhein-Main-Gebietes eine ganz wesentliche Verbesserung des Schnellverkehrs zu erzielen. Sobald es möglich ist, den Plan reiflos in dem Sinne durchzuführen, daß unter Umwandlung des überwiegenen Teiles der bestehenden Eilzüge in Triebwagenfahrten die künftigen Bezirks-Eilzüge im Rhein-Main-Gebiet mit rund 1000 Zug-Kilometern durch Triebwagen bedient werden, würden bei einer Tagesleistung von 450 Kilometern je Triebwagen im ganzen 24 Eiltriebwagen benötigt werden, zu denen noch eine Reserve von 6 Triebwagen hinzukäme.

Mit nur 30 Eiltriebwagen für das gesamte Rhein-Main-Gebiet würde also in einem großen verkehrsreichen Gebiet der schnelle Bezirksverkehr auf kürzere und mittlere Entfernungen gegenüber dem jetzigen Zustand ganz grundlegend zu verbessern sein.

Was den Fahrplan für die neu einzuführenden Züge anlangt, so würde er zweckmäßig im Benehmen mit den Verkehrstreibenden und den zu ihrer Vertretung berufenen Stellen festzulegen sein. Hierbei wäre in gleicher Weise auf die besonderen Bedürfnisse des Verkehrs von Stadt zu Stadt wie auf die Erfordernisse einer glüklichen Anschließung, namentlich an die großen Schnellverkehrsverbindungen, Gewicht zu legen. Auch hätte man den Wünschen des Berufs, des Verkehrs, des Ausflugs- und des kulturellen Verkehrs so weit wie irgend möglich Rechnung zu tragen.

Industrie und Handel.

Steuererleichterung und Wirtschaftsanfurbelung.

Das Beispiel der Autoindustrie.

Die bisherige Entwicklung des Kraftfahrzeug- und Kraftmaschinensteuersystems, das die Reichsregierung seit der im März 1933 getroffenen Steuerbefreiung für neue Personenkraftwagen sich als durchaus zureichend erwiesen haben. Man hat sich bei der feinerzweit durchgeführten Steuerleitung - völlig mit Recht - gesagt, daß eine Wulderung der knallstillsen Belastung des Kraftwagenes einmal dem Gedanken der Motorisierung sehr dienlich sei und andererseits durch den erhöhten Absatz an Autos auch die vorübergehenden Ausfälle des Staates nicht nur nicht ausgeglichen werden, sondern die Einnahmen des Reiches sich sogar steigern können. Und tatsächlich hat sich sowohl die Produktion der Kraftwagen wie auch ihr Absatz bedeutend gehoben. So ist - um nur eine Stelle zu nennen - die Akkumulatorproduktion der Personenkraftwagen von 130.000 im Jahre 1933 auf 515.000 im November 1935 gestiegen. Dieser Aufschwung hat auch eine erhöhte Abfahrtskraft zur Folge gehabt, so daß das Steuer-aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer jetzt schon höher ist als im vergangenen Jahre, obgleich bis zum Ablauf des Etatsjahres noch zweieinhalb Monate fehlen.

Die Praxis hat also gezeigt, daß die volkswirtschaftlichen Gedankengänge des Reichsanwalts, Hitler, also auf seine Veranlassung die wirtschaftliche Steuerungszugel getroffen wurde, durch die nachfolgende Zeit als vollkommen richtig sich erweisen haben. Daß nun durch die Belebung in der Automobilindustrie, die ungefähr 60 000 Arbeiter, einschließlich der Zubehörinterubitten etwa 140 000, beschäftigt, selbstverständlich auch der Arbeitsmarkt eine weitgehende Entlastung erfährt, erhellt ohne weiteres. So zeigt die zuletzt bekannt gegebene Statistik der Kraftfahrzeugindustrie für November 1933, daß im Vergleich zum Vormonat in Vordrängung eine arbeitsintensivere Produktion um 86 % der Arbeiterzahl und fast eine Verdoppelung der geleisteten Arbeitsstunden. Auch die Zahl der Angestellten konnte um rund ein Drittel erhöht werden.

Schließlich ist man nun einmal die arbeitsmarktpolitischen Aufgaben, die die Bundesregierung ausführt, an andere Stellen abzugeben. Die Steuerüberleitung, die eine Erhöhung des Einkommens aus der Kraftfahrzeugsteuer, im Rahmen der Anteil der Kraftfahrzeuge eines Privat Autos, kommt man zu der Folgerung, daß eine entsprechende Ausbebung der Steuerbefreiung auf Kraftfahrzeuge — eine Frage, die zur Zeit die beteiligten Kreise beschäftigt — volkswirtschaftlich wie finanzpolitisch durchaus gerechtfertigt ist.

Die deutschen Wertpapiere an der New Yorker Börse.

Die deutschen Anleihen wurden im vergangenen Jahre an den New Yorker Börsen etwas lebhafter umgesetzt, als im Jahre 1932. Die Umsätze betragen

	in Mill. Dollar
1933	262.2
1932	255.8
1931	292.8
1930	154.4

Dennoch wurde das Handelsvolumen des Jahres 1931 in dessen noch nicht erreicht. Im einzelnen zeigte die folgende Tabelle die Entwicklung des Handelsverkehrs (43,3) Mill. Dollars das größte Gefälle, von der das meiste wurde dagegen nur 29,2 (36,6) Mill. Dollars umgekehrt, von den Dollarmillionen der Kaufmannskreditbank: 24,9 (25,5) Mill. Von den industriellen Anleihen dominierten Vereingete Elektrizitätswerte Westfalen und Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerte, auf die Dollarlancetten der Stadt Berlin und ihrer Kommunalbetriebe hatten verhältnismäßig lebhaften Handel.

An deutschen Aktien wurden 1933 nur noch die des RWE, und des Norddeutschen Lloyd notiert. RWE-Aktien, die am Jahresende 21% Dollar gegen 15% Dollar Ende 1932 notierten, wurden im Umlaufe von 2160 Stück gegen 3900 bzw. 3500 bzw. 9300 Stück in den Vorjahren umgelenkt. Die Umsätze in Norddeutscher Lloyd-Aktien stiegen im letzten Jahre einen Umfang von 10 600 (7100 bzw. 15 900 bzw. 48 630) Stück.

Chemische Werke vorm. H. u. E. Albert AG.,
Biesbaden.

Die seit einiger Zeit vorbereitete Reorganisation bei den Chemischen Werken Dr. H. R. Albert, AG., soll, wie jetzt gemeldet wird, in Verbindung mit der Anlage des Abfallschlusses 1933, die früher als in den Vorjahren zu erwarten war, erfolgen. Dem abgelaufenen Jahre sei das Betriebs-
ergebnis besser geworden. Die Bilanzverhältnisse seien auch jetzt nicht ungünstig. Die Abstreibungen auf Beteiligungen sind durch die Ausentwicklung der Zellstoff-Ärten im Gegenzug zu den letzten Jahren nicht mehr notwendig. Wenn trotzdem eine Bilanzbereinigung notwendig sei, so sei dies durch die Abstreibungen auf Beteiligungen an den Gegenwärtigen, um das Grundkapital wieder dividendenfähig zu machen. Beschäftigt ist, wie früher schon gemeldet, das Grundkapital 3:2 auf 5 Mill. R. herabzusetzen und zwecks völliger Eingliederung der Tochtergesellschaften in die Chemische Fabriken Dr. Kurt Albert & Co. m. b. H. das Kapital wieder zu erhöhen. Von den 1,8 Mill. R. GmbH-Kapital besitzt die Albert-AG. bisher 0,7 Mill. R. Die Erklärungen über die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung für 1933 werden aber offenbar erst bei der Bilanzvorlage endgültig entschieden.

Die ersten Bilanzen von Kredit- genossenschaften.

Kreditbereitschaft für Arbeitsbeschaffung.

Bereits in den ersten Tagen des neuen Jahres sind die ersten Bilanzen gewerblicher Kreditgenossenschaften erschienen. Dabei zeigt sich, daß die bereits aus den Zweimonatsbilanzen festgestellten Merkmale der Geschäftsentwicklung sich am Schluß des Geschäftsjahres 1933 weiter vertieft haben. Insbesondere ist eine Zunahme der aneroztrenten fremden Gelder festzustellen. Besonders auffällig ist die Zunahme der Einlagen. Gerade die letztere Tatsache ist ein Beweis für die wachsende Kreditbereitschaft der Genossenschaften im Sinne der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf Arbeitsbeschaffung und damit Unterstützung der Wirtschaft. Bemerkenswert ist weiter eine Zunahme der Umläge, ein Beweis für die Zunahme des Geschäftsvolumens nicht nur der Genossenschaften, sondern auch der hinter ihnen stehenden Kreise des gewerblichen Mittelstandes.

Von den heutigen Börsen.

Frankfurt a. M., 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.) **Leipzig:** Still. Die Börse eröffnete in äußerst stiller Haltung. Die Umsatzzahlen für die am teilweisen völligen Stillstand der Geschäfte sind die Kurse ziemlich widerstandsfähig. Bei geringen Umsätzen eröffneten Renten 1½ fremdbildig. Rüstiger blieben unanändert, dagegen bückten Wechselanfall 1½ ein. Elektrovertrie uneneitlich, Siemens gut gehalten. Auch Geffirill behaupteten sich, dagegen waren Schudert 1½, Altkumaloren 2½ schwächer. Ledwerte 1½ höher. Die Auszahlung war hier, wie auch an anderen Märkten, ziemlich zum Zufall abgefallen. Die Kurse für Eisenwaren waren an den meisten Märkten um 1½, Rüstner und Mannesmann um 1%, Transportwaren waren eher fremdbildig. Angebots der Geschäftstille verzögerten sich an den meisten Märkten die ersten Kurserfahrungen. Auch der Rentenmarkt war nur geringe Umsätze auf. Die Reichsmortabilitationen lagen bei 1½-1½ igen Kurserwartungen still. Altkauf waren 1½ höher, Rüstlich höher. Infolge der Geschäftstille bröckelten die Kurse für Eisenwaren abwärts. Die Staatsanleihen waren fastenhen waren unter 100, Stadianleihen unanendlich, Gold- und Liquidationspfandbriefe sowie Kommunalobligationen blieben ziemlich unanändert. Dollarbonds waren gut gehalten. Tagesgeld unanändert 3½.

Berlin, 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.) Tendenz: Aktien nachgehend, Renten freundlich. Im Hinblick auf die morgen beginnenden Stillhalterverhandlungen legte sich die Börse heute weitere Zurückhaltung auf, so daß sich an der bestehenden Geschäftslage nichts änderte. Selbst die zuverlässigsten Konjunkturberichte blieben eindrucklos, wenn sie auch zu einer himmelsstürzenden

freundlichen Beurteilung der Lage beitragen. Das Aktienkursniveau gab überwiegend nach, insbesondere in Monaten brühten einige Abgaben. Marghite verloren 1 1/2 %, Joseph 1/2 %, Klödner und Mannesmann je 1/2 %, Auch Elektrowerte bröckelten unter Führung von Siemens 1 1/2 %, bei der letzten Woge und Kraft, Gelen und GEC. Auch die Aktienkurse konnten bei andauernden Interessensverlusten 1 1/2 % gewinnen. Reichsbank verloren ungefähr 1 1/2 %, später wieder 1 1/2 %. Am Reichsbank verloren ungefähr 1 1/2 %, später wieder 1 1/2 %. Am Reichsbank verloren ungefähr 1 1/2 %, später wieder 1 1/2 %. Am Reichsbank verloren ungefähr 1 1/2 %, später wieder 1 1/2 %.

* Die Lage am Saar-Eisenmarkt. Der französische Markt liegt aus Zeit stark demier, der Auftrieb, der nicht nur fallendhinauf bezieht. Der Bedarf ist gegen den Vorjahr in allen Gattungen um etwa 50 % zurückgegangen. Entsprechende Arbeitsreduzierungen werden daher auch von den einzelnen französischen Werken gemeldet. Auf dem Saarmarkt ist keine Veränderung zu verzeichnen, die Lage auf dem französischen Markt wirkt fast natürlich entsprechend auch auf dem Saarmarkt aus. Auch auf dem deutschen Markt ist das Geschäft etwas ruhiger geworden, was um Teil zweifellos auf die Jahreszeit zurückzuführen ist. Der Geschäftsaufschwung wird daher nur eine vorübergehende Erscheinung sein, zumal von dem Arbeitsbeschäftigungsprogramm der Regierung und den Aufträgen der Reichsbahn eine erneute Belebung erwartet werden darf. Auf dem Exportmarkt haben die Preise eine weitere Steigerung erfahren. Für Eisen und Eisenwaren wird der Bedarf, die Lage wird auch für den nächsten Winter bestellt. Der Bedarf in gußeisernen Röhren ist eine Schwärze, nicht in weissen.

* Der Abbau von Flachs und Seggen. Die Reichsregierung ist befreit, den Abbau von Flachs und Schilfröhren, der in den letzten Jahren außerordentlich stark zurückgegangen war, durch Gewährung von Abbaupremien zu fördern. Diese Befreiungen haben schon ersten Erfolg zu verzeichnen. Die Höchstlohn für Winterraps stellte sich 1933 auf 31 300 Heller gegen 5000 Heller im Herbst 1932. Nach nur 50 Jahren war die gesamte Abbaufähigkeit für Raps und Rüben auf dem heutigen Reichsgebiet rund 2mal so groß und die Abbaufähigkeit für Flachs 2mal so groß, wie im Erntejahr 1933. Diese Kulturen haben selbst in ehemals wilden Abbauregionen fast völlig aus. Solche Gebiete sind dem Flachsbaue hauptsächlich Österreich, Polen, Dänemark und die Schweiz, dem Seggenbau die Deutschen (insbesondere), beim Rapsbaue Schweden, Polen, Dänemark, Bommern, Schellen und der nördlichenben Donauströme.

Berliner Devisenkurse

W.T.H. Berlin, 25. Januar.	Drachische Auszahlungen '68			
	24. Jan. 1904	Drach.	67 Jan. 1904	Drach.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Buenos Aires . . . 1 Fed.	0.670	0.674	0.688	0.670
Canada, Doi . . . 1 Canada, Doi	1.237	1.237	1.237	1.237
Japan . . . 1 Yen	0.783	0.787	0.789	0.787
Kairo . . . 1 Kgypt. P.	13.47	13.80	13.525	13.555
London . . . 1 Sterl.	2.478	2.478	2.478	2.478
New York . . . 1 Doll.	13.69	13.12	13.145	13.175
San Jo. de Janeiro . . . 1000	2.619	2.623	2.637	2.645
Uruguay . . . 1 Gold. Pes.	1.399	1.401	1.390	1.401
Holland . . . 100 Gulden	168.58	168.92	168.43	168.77
Portugal . . . 100 Escudo	2.488	2.492	2.488	2.495
Belgien . . . 100 Lira	58.29	58.41	58.29	58.41
Bukarest . . . 100 Lira	2.488	2.492	2.488	2.492
Danzig . . . 100 Gulden	81.42	81.58	81.45	81.81
Finnland . . . 100 Fmk.	5.784	5.806	5.744	5.784
Frankr. . . 100 Fr.	20.02	20.02	21.98	22.03
Belgrad . . . 100 Dinar	5.664	5.676	5.664	5.676
Brüssel . . . 100 Kronen	5.664	5.676	5.664	5.676
Dänemark . . . 100 Kr.	58.49	58.61	58.74	58.80
Lissabon . . . 100 Escudo	11.94	11.98	11.99	12.01
Lissabon . . . 100 Escudo	11.94	11.98	11.99	12.01
Paris . . . 100 Fr.	16.48	16.48	16.48	16.48
Riga . . . 100 Kronen	12.465	12.485	12.468	12.488
Sankt Petersburg . . . 100 Rubl.	59.61	59.61	59.61	59.61
Frankr. . . 100 Lats	80.02	80.18	80.02	80.18
Schwed. . . 100 Fr.	81.10	81.26	81.12	81.28
Stockh. . . 100 Lira	33.77	33.83	33.77	33.83
Spanien . . . 100 Pes.	67.53	67.57	67.53	67.57
Schweden . . . 100 Kronen	71.99	71.99	72.07	72.07
Wien (Ostl.) . . . 100 Schilling	47.20	47.30	47.20	47.30

Kursbericht des Wiesbadener Tagblatts.

[illegible]

